

Freiheitsglocke

Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge - VOS e.V. (Berlin)

Berlin, April 2010

60. Jahrgang, Nr. 690

Den Opfern Würde und Wiedergutmachung zuteil werden lassen

Auf der Festveranstaltung der VOS werden die Forderungen klar ausgesprochen

Mit einem Festakt unter Teilnahme wichtiger Personen des öffentlichen Lebens beging die VOS am 10. April in Berlin die 60-jährige Wiederkehr ihrer Gründung im Jahr 1950. Als Gäste konnten unter anderem der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und der Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses Lehmann-Brauns begrüßt werden. Eine umfassende Würdigung der Verdienste und der Geschichte der VOS nahm die junge Abgeordnete des Brandenburgischen Landtags Linda Teuteberg vor. Sie sagte im Namen ihrer Partei den SED-Opfern weitere Bemühungen um Verbesserungen der Situation der ehemaligen politischen Häftlinge des Kommunismus zu und forderte die Entfernung

von Stasi-belasteten Abgeordneten aus den Parlamenten. Auf ihr Bekenntnis, die FDP stehe in der Pflicht, den ehemaligen politischen Häftlingen zu helfen, erhielt sie – wie an anderen Stellen ihrer Rede auch – anhaltenden Beifall.

Der einen Tag zuvor erneut in das Amt des Bundesvorsitzenden gewählte langjährige Stadtrat von Magdeburg, Johannes Rink, eröff-

nete die Feier mit einer würdigen Ansprache, wobei er mit der Hauptforderung, die Opfer des kommunistischen Regimes, die durch Mut und Opferbereitschaft erheblich zur demokratischen Gestaltung einer gesamtdeutschen Gesellschaft beigetragen hätten, dürften nicht vergessen werden, die auf breite Zu-



stimmung traf. Ein wesentlicher Beitrag zu einer wahrheitsgetreuen Erinnerungskultur sei dementsprechend die Gestaltung des Unterrichts in den deutschen Schulen. Denn solange die Schüler es nicht besser wüssten, als dass Walter Ulbricht der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland gewesen sei, könne an den Lehrplänen und am Unterricht selbst vieles nicht mehr stim-

men. Der als Vertreter der Landesregierung des Freistaates Sachsen anwesende Staatssekretär Erhard Weimann gab in seinem Grußwort die Zusage, den Opfern der SED-Diktatur auch im 20. Jahr der Einheit Gehör zu verschaffen. Wörtlich versprach er: „Sachsen wird Anwalt der Opfer sein.“ Auch Ulrike

Poppe, Landesbeauftragte Brandenburgs trug ein Grußwort vor. Ihr Anliegen, den Opfern der DDR-Jugendwerkhöfe, deren Schicksale bisher weitestgehend gedeckelt wurden, zu helfen, erfuhr durch die musikalische Umrahmung durch die Liedermacherin Kathrin Begoin und ihrer „Co-Stimme“ Kerstin Kuzio einen passenden aktuellen Bezug. Beide Akteurinnen sind durch die Hölle des DDR-

Jugendknasts gegangen. Diese bitteren Erfahrungen lassen sich nicht einfach bewältigen. Schade, so der allgemeine Tenor, dass solche Veranstaltungen nur im Abstand von zehn Jahren stattfinden, denn auch das Zusammengehörigkeitsgefühl, nicht nur der Opfer, hat abermals zugenommen. *Tom Haltern (Text und Foto)*

Foto: Linda Teuteberg, Wolfgang Thierse, Johannes Rink

Die Generalversammlung liegt hinter uns. Es war die 28. seit Gründung der VOS. Die Versammlung war zum einen an äußerst interessante Vortrags- und Seminarveranstaltungen gekoppelt, zum anderen stand neben der Wahl des Bundesvorstandes die Gedenkfeier zum nunmehr sechzigjährigen Bestehen der VOS im Mittelpunkt. Und natürlich gab es wieder jede Menge Gespräche, Diskussionen, Gedanken- und Erinnerungsaustausche zwischen den Delegierten und den Gästen.

All jenen, die nicht an dem äußerst bewegten Wochenende vom 9. bis 11. April in Berlin dabei sein konnten, möchte ich versichern, dass sich die VOS in diesen rund 48 Stunden so lebendig wie selten präsentiert hat. Es ist sicherlich nicht das erste Mal, dass ich eine Generalversammlung mit dieser nachträglichen Wertung versehe. Aber ich verweise auf die leidenschaftlich geführten Debatten, die insbesondere zum Thema Verbandsname geführt wurden. Ebenso kam es zu vielfältigen Meinungen beim Thema SED-Vermögen. Ein Schweizer Gericht hat die Bank Unicredit verurteilt, rund 230 Millionen EUR an die Bundesrepublik Deutschland zu zahlen. Auch die Höhe des Mitgliedsbeitrags der VOS wurde ausführlich diskutiert. Sollen die Mitglieder in West und Ost zwanzig Jahre nach der Wende einen einheitlichen Beitragssatz zahlen, und soll der Beitrag generell erhöht werden?

Dass in einer manchmal schon etwas aufgeheizten Atmosphäre die Grenzen der Sachlichkeit und gegenseitigen Achtung nicht überschritten wurden, hatte die Versammlung nicht zuletzt dem Kameraden Bernd Pieper zu verdanken, der mit großer Geduld und latent ironischer Gelassenheit zugleich dafür sorgte, dass die eigentliche Versammlung kurz vor Mitternacht noch ihren von allen Anwesenden willkommenen Abschluss fand.

Nicht minder wichtig waren die jeweils zum richtigen Zeitpunkt eingebrachten Erklärungen und Hinweise unseres Sach- und Fachexperten Dr. Frieder Weiße.

Dies und noch manches, das aus Platzgründen hier nicht aufgeführt werden kann, mag erklären, warum ich unseren Verband zum wiederholten Male als lebendig bezeichne.

Inhalte und Ergebnisse der Diskussionen finden sich wie immer in dieser Fg-Ausgabe. Und wer nachträglich noch seine Meinung äußern möchte, der kann das gern tun. Für sinnvolle Äußerungen wird in der Fg nach wie vor Platz bleiben.

Auf ein Wort des Redakteurs

Wenn man die Delegierten im Einzelnen betrachtet, so kann man feststellen, dass sich im Vergleich zur Jubiläumsfeier zum fünfzigjährigen Bestehen der VOS mittlerweile ein Generationswandel vollzogen hat. Sicher sind die zuverlässigen Kameradinnen und Kameraden wie Dr. Martin Hoffmann, Arno Selten oder Christine Härtkorn noch dabei und steht uns auch der unermüdliche frühere Bundesvorsitzende Klaus Schmidt mit seiner Tatkraft und Erfahrung weiter zur Seite. Doch die jüngeren Aktivposten haben nun die Mehrheit, und darüber können wir eigentlich froh sein.

Ganz besonders hervorheben möchte ich unseren liebenswerten Kameraden Hans-Joachim Kögel aus Heidelberg. Und dies nicht, weil er mit seinen 89 Jahren die Generalversammlung großartig bereicherte, sondern weil er uns mit seiner geistigen Frische und der langjährigen Erfahrung ein Vorbild für das Engagement im Verband und für den ambitionierten Einsatz für die Sache der Opfer ist. Ähnlich steht es mit dem 85-jährigen Rechnungsprüfer Werner Sauerzweig (seit 1954 in der VOS!), der „unvermeidlich“ mit seinem nur altersmäßig ungleichen „Zwilling“ Siegfried Jahnke erschien. Eine VOS ohne unsere Senioren ist – für mich jedenfalls – unvorstellbar.

Ein ganz neues, auch ein bisschen ungewöhnliches Gesicht erlebten wir mit Danilo Voigt aus Leipzig. Der Zweiundvierzigjährige lebte mehrere Jahre in den USA, wo er als Fernfahrer einen Lebenstraum realisierte, den manch anderer DDR-Bürger auch hatte. Kamerad Danilo Voigt hat ihn wahrgemacht, und seine spannenden und farbenfrohen Berichte versetzten in den Gesprächen am Rande der Veranstaltungen manchen VOS-Zuhörer in Erstaunen. Ganz sicher hat unsere Gemeinschaft mit diesem Kameraden wieder jemanden gefunden,

der unsere Reihen bereichert und sich auch gern mit weiteren Aktivitäten bei uns einbringen wird.

Mit großen Erwartungen verlief am 10. April die Gedenkfeier zum runden Jubiläum der VOS. Obwohl es so schien, als würde es Unklarheiten bei den Zusagen der eingeladenen Spitzenpolitiker geben, war die Gästeliste dann keineswegs durch Politiker der „zweiten Reihe“ gekennzeichnet. Wolfgang Thierse, Markus Meckel und Linda Teuteberg und Dr. Lehmann-Brauns gaben durch ihre Anwesenheit der Veranstaltung einen würdigen Rahmen, wobei Frau Teuteberg als Hauptrednerin sowohl die Geschichte und die Bedeutung der VOS treffend benannte und zugleich die gerechten Forderungen und Nöte der Opfer auf den Punkt bringen konnte. Zudem gab die gerade erst 28-jährige FDP-Politikerin den VOS-Mitgliedern die Hoffnung, dass die Schicksale und Leistungen in viereinhalb Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft in Deutschland nicht in Vergessenheit geraten werden.

Wichtig auch für diese Veranstaltung, dass der Vorsitzende UOKG der Einladung unseres Verbandes gefolgt war und auch Frau Dr. Kaminski von der Stiftung zur Aufarbeitung des SED-Unrechts ebenso wie die jüngst berufene Landesbeauftragte aus Brandenburg, Ulrike Poppe teilgenommen haben.

Nicht erspart bleiben kann uns allerdings eine Bemerkung zu den Finanzen. Unser Verband verfügt zum einen immer noch über ein ordentliches Aufkommen an Mitgliedsbeiträgen. Das ist nicht zuletzt der Gewissenhaftigkeit zu danken, mit der fast alle ihre Beiträge begleichen. Einigen fällt das keineswegs leicht, denn die Renten sind oft schmal und die Lebenshaltungskosten gestiegen. Dennoch kann der Verband, will er präsent sein und Akzeptanz finden und auch den Zusammenhalt pflegen, auf einige Ausgaben nicht verzichten. Daher sind alle, die es sich leisten können, angehalten, die VOS unaufgefordert durch diese oder jene zusätzliche Spende zu unterstützen. Man sollte sich vergegenwärtigen, dass solche Spenden Investitionen sind, die sowohl unserer Vergangenheit wie auch unserer Zukunft dienen.

*Bis zur nächsten Ausgabe
Ihr Alexander Richter*

In dieser Ausgabe:

W i c h t i g

Der lange Arm der Stasi
Zeitzeugen berichten von Verfolgung
und Drangsalierung
Buchvorstellung Seite 8 bis 9

Titelseite:

VOS begeht das 60-jährige Jubiläum

Gedenkfeier würdigt Erreichtes und definiert neue Aufgaben

Redaktionsthema:

Über die Generalversammlung der VOS 2

Jüngere Generation rückt deutlich nach

Personen und Persönlichkeiten prägen die 28. Generalversammlung der VOS 4

Immer noch ist viel zu tun

Johannes Rink mit seinem Rechenschaftsbericht 5

Als Jugendlicher durch die Hölle

Wolfgang Lehmann wird erneut an das Martin-Luther Gymnasium geladen 6/7

Vertrag für alle Seiten jetzt akzeptabel

VOS nimmt in Erfurt an Gedenkstattengestaltung teil 9

Stalin bleibt unbescholten und gegenwärtig

Moskau genehmigt Zurschaustellung von Stalin-Postern 10

Die Unterschiede sind weiterhin da

Sächsisches Staatsministerium gibt Auskunft über NS-Opfer-Renten 10

Jupp Angenfort: kommunistischer Held oder Propaganda-Figur

Zwei Betrachtungen 9

Versöhnung möglich – aber nicht auf Kosten von nur einer Seite

Zweiter Teil des Fortsetzungsbeitrags (FG 689) von Professor Ehling 12 - 13

Kommt nach der Krise die Teilung?

Über die Schwierigkeiten der einstigen Volkspartei SPD 14

Es ist wieder Geld aufgetaucht

Gericht setzt einige SED-Millionen frei 15

Bis zu seinem Tode für die Landesgruppe im Einsatz gewesen

Gedenken an Kameraden Uwe Trautmann 15

Es war ein ganz übles Kapitel

VOS setzt sich für die vielen Missbrauch-Opfer der DDR ein 16

Unabhängig sein und allen SED-Opfern helfen

Ulrike Poppes Beginn als Landesbeauftragte 16

In den Mühlen von Stasi und DDR-Justizvollzug

Der Kongress der Landesbeauftragten bringt Erinnerungen an schlimme Zeiten 17/18

Zeitzeugenberichte sind nun doch gefragt

Wurzener Kameraden begleiten Schulklassen nach Waldheim 19

- Splitter, Zitate, Meinungen 5, 13

- Briefe 9

- Glosse, Suchmeldungen 14

- Termine/Veranstaltungen 18, 20

- Verstorbene, Spender 19

- Impressum 20

Chemnitzer Gedenkveranstaltung zum Volksaufstand von 1953

Traditionell wollen wir der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft gedenken. Wir laden Euch hierzu

17. Juni 2010, um 11.00 Uhr

ganz herzlich zu unserer Gedenkveranstaltung in

Chemnitz (Parkanlage, gegenüber dem Landgericht, Hohe Straße 23) ein.

Im Vorfeld der Gedenkveranstaltung versuchen wir wieder eine Besichtigung der ehemaligen U-Haftanstalt auf dem Kaßberg zu organisieren.

Bei Interesse bitten wir um Rückmeldung bis 25.05.2010, zu richten an: VOS-Chemnitz (Bürgerhaus), Müllerstraße 12, 09113 Chemnitz oder telefonisch unter:

037209/80481.

Der Vorstand der VOS-Bezirksgruppe Chemnitz

In Sachen Spenden:

liebe Kameradinnen und Kameraden, wir danken allen, die bisher so fleißig und großzügig für die Arbeit unseres Verbandes gespendet haben. Auch im April sind wieder Spenden eingetroffen. Leider reicht das bisherige Aufkommen nicht aus, um die Ausgaben, vor denen unser Verband steht, zu decken. Daher wurde auf der letzten Generalversammlung diskutiert, ob wir die Beiträge erhöhen bzw. die Ostbeiträge denen unserer Mitglieder in den alten Bundesländern anpassen sollen. Diese Variante wurde verworfen, da die Einkommen teils sehr schwach sind. Es wurde jedoch empfohlen, dass die Kameradinnen und Kameraden, die es sich leisten können, freiwillig etwas mehr geben. Dies kann als laufende Spende geschehen oder im Rahmen der Beitragszahlung. Geholfen wäre auf diese Weise allen, insbesondere unserem (!) Verband. Somit liegt dieser Ausgabe wieder einmal ein Überweisungsträger bei. Bitte beachtet hierzu auch die Ausführungen unseres Redakteurs auf Seite 2 dieser Ausgabe. Wir danken im Voraus.

Der Bundesvorstand der VOS

Dank den großzügigen VOS-Spendern im April

Alexander Wörner, Günther Blanck, Günter Jacobi, Eberhard Gießmann, Martin Raabe, Walter Uecker, Lothar Ech, Stefan Obst, Rolf-Dieter Weske, Elfriede Krause, Adolf Oeser, Rainer Buchwald, Martin Minkewitz, Heinz-Günter Lohoff, Manfred Grünert, Walter

Glomp, Petra und Elfriede Witkiewicz, Erik Hofmann, Olaf Arndt, Fritz Schaarschmidt, Dr. Stefan Lindner, Gertrud und Wolfgang Stiehl

Allen Genannten einen ganz besonders herzlichen Dank. Bundesvorstand und Redakteur.

Mit Leidenschaft und trotzdem in Einigkeit in die nächsten Jahre

28. Generalversammlung der VOS präsentiert viele neue, aber auch (alt)bekannte Gesichter

Keiner kann sagen: „Das war wie immer, wir haben hier nichts Neues erlebt.“

Auch die nunmehr 28. Generalversammlung der Vereinigung der Opfer des Stalinismus war wieder ein Ereignis, an das sich die aktiven und die passiven Teilnehmer noch hinreichend erinnern werden, zu dem sie auch mit entsprechenden Erwartungen gekommen sind. Nicht mal unser Kamerad Werner Sauerzweig, dessen Mitgliedschaft im fünften Jahr der VOS, also 1954, begann und der auf fast 56 Jahre voller Aktivitäten in unserem Verband zurückblickt, nimmt die im Zwei-Jahres-Rhythmus stattfindenden Verbandstreffen als Routine hin. Er, der noch immer voller Tatendrang und mit ungeschmälerter geistiger Frische auftritt, stellte sich auch erneut für das Amt des Bundes-Rechnungsprüfers zur Verfügung. Eine Selbstverständlichkeit, wie er erklärt, und eine Aufgabe, die ihm zudem Freude macht. Und für die Delegierten ist es eigentlich unvorstellbar, dass dieses Amt von einem anderen Kameraden ausgeübt werden könnte, wiewohl man ebenso davon ausgeht, dass es keinen anderen Stellvertreter des Rechnungsprüfers als den Kameraden Siegfried Jahnke geben kann. Somit hätten wir das eine Wahlergebnis bereits vorweg genommen, denn beide wurden mit 133 Stimmen im Amt bestätigt. Möglich gewesen wären allerdings 134 Ja-Stimmen.

Kaum spannender wurde es zuvor, als es um die Besetzung des geschäftsführenden Bundesvorstandes ging. 3 Kandidaten gab es bereits im Vorfeld. Es fanden sich bei der Befragung der Delegierten nach zusätzlichen Vorschlägen keine weiteren Alternativen. Eher stellte sich die Frage: Wird einer der Kandidaten ein hundertprozentiges Ergebnis erzielen können?

Die Frage beantwortete sich mit nein. Obzwar knapp, verfehlte unser neuer und alter Bundesvorsitzender Johannes Rink die höchst mögliche Zahl um zwei Stimmen. Unter den 134 Stimmberechtigten entschieden sich zwei für Enthaltung. Ganz sicher hat dieses kleine Defizit in der Psyche unseres Ka-

meraden Johannes Rink keinen Schaden angerichtet. Seine Ansprache jedenfalls, die er einen Tag später zur Festveranstaltung der VOS hielt, unterstrich einmal mehr, dass wir uns einen kompetenten und allseits akzeptierten Vorsitzenden erkoren haben.

Mit demselben Wahlergebnis –



132 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen – wurde Kamerad Hugo Diederich wieder zum Bundesschatzmeister und damit zum Stellvertreter des Bundesvorsitzenden gewählt. Nunmehr kann Hugo Diederich auf eine zweistellige Jahreszahl in seiner Amtszeit verweisen. Er bekleidet sein Amt mittlerweile zehn Jahre und erfuhr in der Versammlung durchweg Sympathie und Bestätigung für seine ständige Einsatzbereitschaft. Allein die Vorbereitung dieser Generalversammlung war keine einfache Sache, wenn gleich der nunmehr offiziell gewählte Stellvertreter des Bundesvorsitzenden, Kamerad Ronald Lässig, gemeinsam mit der Kameradin Bärbel Große die Vorbereitungsarbeit tatkräftig unterstützten.

Ronald Lässig gehört mit 41 Jahren zu der jüngeren Generation in der VOS. Seine Erfahrung aus der Arbeit bei mehreren Rundfunk- und Fernsehsendern kommt unserem Verband vor allem zugute, indem er durch aktuelle Pressemitteilungen auf Tagesereignisse eingeht, die bei Erscheinen der Fg schon in den Hinter-

grund getreten sind. Und er gehört zu den Initiatoren und aktiven Teilnehmern der zum Ende des letzten Jahres in Potsdam organisierten Montagsdemonstrationen. Nicht ganz so unkompliziert verlief die Wahl der Beisitzer, die den erweiterten Vorstand bilden. Da hier mehr Kandidaten vorgeschlagen

wurden, als amtiert dürfen, musste sich die Versammlung für vier Delegierte entscheiden, wobei es zusätzlich zu einer Pattsituation bei der Wahl des vierten Beisitzers kam und eine Stichwahl erforderlich wurde. Im Ergebnis der Wahl bilden nun mit Dr. Frieder Weiße, Rotraut von Dechend und Thilo Scheibe drei Kameraden den erweiterten Vorstand, die auch in der vorigen Amtsperiode diesbezüglich aktiv waren. Neu gewählt wurde Hartmut Kaesewurm aus Rostock.



Dass die Wahl trotz einiger Zwischenfragen und unvorhergesehener Anträge geordnet verlief, ist nicht zuletzt der Wahlleiterin Bärbel Große und ihren Assistenten Danilo Vogt und Werner Sauerzweig zu verdanken. A. R.

Vieles wurde erreicht, vieles ist noch offen

Rechenschaftsbericht des Bundesvorsitzenden Johannes Rink

So, wie man es von ihm gewohnt ist, äußert sich der Bundesvorsitzende Johannes Rink noch vor der Neuwahl des Vorstandes zu den Ereignissen der zurückliegenden Amtsperiode. Seine anfänglichen Worte „Früher war alles besser“ waren eher ironisch gemeint, denn die seit einigen Jahren nun schon nicht mehr gewährte finanzielle Förderung der VOS durch den Bund sei zwar ein Handicap für den Verband, doch andererseits sei es ein Erfolg, dass die VOS nun in einem vereinten Berlin, das zudem wieder Deutschlands Hauptstadt sei, tagen könne.

Insbesondere mit Blick auf das 60-jährige Bestehen des Verbandes verwies der Vorsitzende auf die Anstrengungen, die von der VOS von Anfang an ausgegangen seien, um den Opfern, die damals frisch aus den Lagern der SBZ und der DDR entlassen worden waren, eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen. Das HHG (Häftlingshilfegesetz), der Kampf für weitere Rechte, waren mühsam errungene Erfolge und oft nur ausreichend, um für die Opfer im geteilten Nachkriegsdeutschland ein Minimum an Lebensqualität zu schaffen. Mittlerweile seien zwar viele Leistungen zu Gunsten der ehemals Inhaftierten erreicht, dennoch blieben nach wie vor wesentliche Forderungen unerfüllt. So seien die Möglichkeiten der Rehabilitierung keineswegs so, wie sie sein sollten, und auch in der Gewährung der „Besonderen Zuwendung“ sei man von einem gerechten Verfahren noch entfernt. Dies hänge mit der Bedürftigkeitsklausel und der Anzahl der Haftmonate (Stichtagsregelung) zusammen. Diese Zahlung trage somit eher den Charakter einer Sozialleistung. Lediglich mit der Aufhebung der Anrechnung des Kindergeldes sei endlich ein Fortschritt erreicht.

Weiter ungeklärt sieht der Bundesvorsitzende auch die seit langem angemahnten Verbesserungen für andere Opfergruppen. Für Zwangsausgesiedelte, verschleppte Frauen oder zwangsadoptierte Kinder fehle

es weiterhin an Regelungen. Ebenso stünde die Frage, wieso man für Zwangsarbeit, die in DDR-Zuchthäusern geleistet wurde, keine Entschädigung gewähre. Immerhin hätten die Häftlinge für den Export in das kapitalistische Ausland eine dreistellige Millionensumme erwirtschaftet. Vom Gewinn wäre jedoch nichts an sie weitergegeben worden.



Der VOS-Bundesvorsitzende Johannes Rink (l.) mit dem 89-jährigen Hans-Joachim Kögel

Doch nicht nur die Verbesserung der materiellen Situation der ehemaligen Häftlinge des SED-Regimes liegt Johannes Rink am Herzen. Große Sorge bereitet – nicht nur ihm – der bei vielen Jugendlichen erkennbare Schwund an geschichtlichem Wissen über die politischen Verhältnisse von 1945 bis 1989. Wichtiger denn je sei es, nunmehr die Zeitzugentätigkeit zu intensivieren, um an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zumindest grundlegende Fakten und Wahrheiten zu vermitteln. Durch die VOS-Gruppen, aber auch durch bemerkenswerte Einzelinitiativen seien in einigen Bundesländern gute Ansatzpunkte gegeben, die es mit Hilfe der Politik auszubauen gelte. Tom Haltern

Zitat:

„Nur wer die Unfreiheit erleben musste, weiß den Wert der Freiheit zu schätzen.“ Johannes Rink

VOS-Splitter

Traditionell wurde zu Beginn der Veranstaltung der inzwischen verstorbenen Kameraden gedacht. Der Stellvertreter des Bundesvorsitzenden Hugo Diederich überbrachte dabei ausdrücklich den Dank der Witwe unseres kürzlich verstorbenen Kameraden Trautmann. Uwe Trautmann war – für viele von uns überraschend – im Februar im noch jungen Alter von 57 Jahren verstorben. Durch seine Einsatzbereitschaft für die VOS ist sein Fehlen für viele Kameraden besonders schmerzlich.

Erfreulicherweise erklärte sich nun die Ehefrau bereit, die Arbeit in der VOS-Bezirksgruppe, die ihr Mann vormem geleistet hat, weiterzuführen.

+++ +++ +++ +++ +++

Bundesweit besteht die VOS aus insgesamt 59 Bezirksgruppen. Zudem gibt es zahlreiche Kameradinnen und Kameraden, die keinen Gruppen angehören. Dies hat gesundheitliche Gründe oder liegt an den zu überwindenden Entfernungen. Die mitgliederstärkste Gruppe wurde zur Generalversammlung von unserer Kameradin Waltraud Raubold aus Chemnitz vertreten.

+++ +++ +++ +++ +++

Die letzte Prüfung der VOS-Finzen erfolgte am 31. Januar. Es gab keine Beanstandungen. Dies betrifft das Kontokorrent, die Handkasse und das Festgeld. Eine Abrechnung der VOS-Finzen wird im Abstand von jeweils drei Jahren vom Finanzamt gefordert.

+++ +++ +++ +++ +++

Die Entlastung des Bundesvorstandes durch die Mitgliederversammlung erfolgte bei Gültigkeit aller abgegebenen Stimmen. Von den 134 möglichen Stimmen entfielen 130 mit einem Ja zur Entlastung. Es gab keine Gegenstimmen, jedoch vier Enthaltungen.

+++ +++ +++ +++ +++

Auszüge aus der Festrede der FDP-Abgeordneten Linda Teuteberg unter: www.linda-teuteberg.de/

Anlässlich des alljährlich stattfindenden MLS-Forums an der Martin-Luther-Schule Rimbach im Odenwald wurde im April auch unser Kamerad Wolfgang Lehmann zu einem Zeitzeugenvortrag eingeladen. Sein Thema: Fünf Weihnachten hinter Stacheldraht, eine Jugend in sowjetischen Terrorlagern (1945 bis 1950) mit den Stationen Verhaftung in Großräschen (N.-L.), GPU-Keller in Calau, Zuchthaus in Cottbus, Sowjet-KZ Ketschendorf, Zwangsarbeitslager in Sibirien.

Die Einladung zum Forum erfolgte, da Wolfgang Lehmann bereits bei einem Vortrag an dieser Schule großes Interesse gefunden hatte.

Lesen Sie nebenstehend die zu einem spannenden authentischen Bericht zusammengefassten Erinnerungen, die auch Gegenstand des Vortrags sind.

Vor 60 Jahren kam am 2. Mai ein Güterzug aus Brest-Litowsk in der Sowjetunion in Frankfurt/Oder an. Ihm entstiegen mehrere 100 Männer, die Anfang April in Stalinsk-Kusnezsk (Sibirien) auf die Reise gegangen waren. Darunter war auch ich, ein 21-jähriger junger Mann. Am nächsten Tag meldete die DDR-Presse, damit seien nun alle Kriegsgefangenen nach Hause zurückgekehrt. Nur wenige Kranke und die als Kriegsverbrecher Verurteilten seien noch in der Sowjetunion. Tatsächlich waren jedoch von unserem Zug aus Sibirien etliche Leute in Brest-Litowsk zurückgeblieben, weil der Anschlusszug nach Deutschland nicht alle aufnehmen können. Sie sind erst zwei Jahre später, im Mai 1952, nach Deutschland zurückgekehrt. Da nach einer alphabetischen Liste aufgerufen worden war, entschied der Anfangsbuchstabe des Namens über den Zeitpunkt der Heimkehr - Grausamkeit des Schicksals!

Zu meiner Überraschung wurde ich am 3. Mai 1950 tatsächlich als Kriegsgefangener entlassen, obwohl ich nicht Soldat gewesen war. Am 24.10.1945 war ich als 16-Jähriger aus der Schule weg von der deutschen Miliz verhaftet und

der sowjetischen Militärkommandantur übergeben worden. Einen Haftbefehl gab es nicht! Aus meinem Wohnort Großräschen/Niederlausitz teilten damals die meisten Jungen zwischen 12 und 17 Jahren mein Schicksal. Die Mehrzahl von ihnen ist in der nachfolgenden Gefangenschaft elendiglich umgekommen. Im sogenannten GPU-Keller (sowjetische Geheimpolizei) in der Kreisstadt Calau wurde mir unter Foltern das Geständnis abgepresst, ich sei als Werwolf (Partisan) tätig gewesen, was nicht einmal ansatzweise der Wirklichkeit entsprach. Ich hatte bis dahin und auch später nie eine Waffe auf einen Menschen gerichtet. Später im Gerichtsgefängnis in Cottbus, wo ich mehrere Tage in Einzelhaft gehalten wurde, widerrief ich vor einem Militärgericht meine Aussagen. Daraufhin schlug man mich vor diesem Gericht nieder und schleifte mich in meine Zelle zurück. Wenig später brachte man mich in das Sowjet-KZ Ketschendorf, das heutzutage verharmlosend 'Speziallager' genannt wird. Es war eines von elf Konzentrationslagern in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone. Im Dritten Reich gab es auf diesem Gebiet drei, die von den Sowjets sofort weiterbetrieben wurden.

Ab Mai 1945 hatten die Sowjets die Wohnsiedlung des Reifenwerkes Fürstenwalde zu diesem KZ umgewandelt. Dort war ich zusammen mit etwa 1.200 anderen Jugendlichen in einem ehemaligen Sechsfamilienwohnhaus zusammengepfercht. Die restlichen Häuser waren von erwachsenen Gefangenen belegt. Die ersten Nächte musste ich auf der Betonstufe einer Kellertreppe schlafen, bis durch Todesfälle ein Platz unter einer Pritsche im Keller frei wurde, von der nachts Wanzen herabfielen. Wir schliefen auf dem Betonboden oder auf Holzpritschen, alle dicht an dicht auf einer Seite liegend. Es gab keinerlei Bettzeug. Wenn sich jemand umdrehen wollte, weil er es vor Schmerzen am durchgelegenen Beckenknochen nicht mehr aushalten konnte, mussten sich alle anderen auch umdrehen. Während die

Erwachsenen zu Arbeiten, die zur Aufrechterhaltung des Lagers notwendig waren, z. B. die Toten in großen Massengräbern einzuscharen, herangezogen wurden, waren wir Jugendlichen zum Nichtstun verdammt. Die Verpflegung war so schlecht und gering, dass in kurzer Zeit viele Mangelkrankheiten auftraten. Geschwüre und Eiterstellen wurden mit Chlorwasser abgewaschen, Medikamente gab es nicht.



Ende 1946 wurde ich zusammen mit anderen Jugendlichen und Erwachsenen zu einer 'medizinischen' Untersuchung geholt, die wir 'Arschbackendiagnose' nannten, weil sie aus nichts anderem bestand, als dass eine Ärztin in die Gesäßbacken kniff. Danach wurden wir gesondert untergebracht, ohne zu wissen, was mit uns geschehen wird. Wir bekamen Winterkleidung. Bis dahin hatte ich von meiner Verhaftung an Tag und Nacht in denselben Sachen gelebt, die nie gewaschen wurden. Am 31. Januar 1947 fuhren wir dann von Frankfurt/Oder in verschlossenen, fensterlosen Viehwaggons einem uns unbekanntem Ziel entgegen. Die Verpflegung bestand aus Trockenbrot, Salzheringen und Tee. Letzterer war so knapp, dass einige ihren eigenen Urin getrunken haben. Schließlich leckten wir den Raureif von den Wänden ab. Die Wandflächen teilten wir untereinander auf.

Nach einem Kurzaufenthalt in Moskau zum Waschen und Entlausen hielt unser Zug am 6.3.1947 in

Prokopjewsk/Sibirien, nach 5 Wochen Fahrt, die ich nur im Sitzen zugebracht habe, weil im Waggon kein Platz zum Liegen war. Ich stieg aus und fiel vornüber in den Schnee, den ich mit den Händen in den Mund schaufelte; genauso die anderen. Diesmal tatsächlich zu unserem Wohl, prügelten uns die Wachposten hoch, denn wir wären daran gestorben.

Unsere Unterkunft bestand aus in die Erde gegrabenen Holzhäusern. Nur das Dach schaute heraus. Es war ein großer Raum, in dem stählerne Doppelstockbetten standen. Hier schlief ich, zum ersten Mal seit meiner Verhaftung am 24. Oktober 1945, wieder in einem Bett.

Unsere Kleidung bestand im Sommer aus leinener Unterhose, Unterhemd, Hose und Bluse, Fußklappen und Gummigaloschen. Für den Winter wurde die leinene Oberbekleidung gegen wattierte Hosen und Jacken sowie die Galoschen gegen Filzstiefel ausgetauscht. Persönlichen Besitz durften wir nicht haben.

Bei der Einteilung in Arbeitskommandos kam ich glücklicherweise zum Sägewerk, das sich gleich neben unserem Lager befand, davon nur durch einen hohen Bretterzaun und zwei Stacheldrahtzäune getrennt. Damit blieben mir weite Fahrten auf offenen Lkw, auch bei Schneesturm, zu anderen Arbeitsstätten erspart.

Unsere Wachmannschaften waren sehr stark ideologisch gegen uns aufgehetzt worden. Unter anderem hatte man ihnen erzählt, dass deutsche Soldaten sowjetischen Kindern die Finger abgeschnitten und ihnen die Augen ausgestochen hätten. Bei näherer Bekanntschaft mit uns konnte sich das keiner mehr vorstellen. Um aber keine entspannte Beziehung aufkommen zu lassen, wurden die Wachmannschaften alle drei Wochen ausgewechselt.

Im Sommer 1948 durften wir auf einer Doppelkarte vom Internationalen Roten Kreuz an unsere Angehörigen schreiben. Damit erfuhr

meine Mutter zum ersten Mal seit meiner Verhaftung, dass ihr Sohn noch am Leben war. Die zweite Hälfte dieser Karte blieb unbeschrieben und durfte von meiner Mutter zurückgeschickt werden.

Die tiefste Temperatur, die wir dort erlebten, lag bei 42 °C minus. Ab 20 °C minus durfte man sich nach 50 Minuten Arbeitszeit im



Freien 10 Minuten in einem Wärmerraum aufhalten.

Gegen Ende 1949 wurde unser Lager aufgelöst. Genau am Weihnachtsabend wurde ich nach Stalinsk-Kusnezsk gebracht, wo ich wieder in einem Sägewerk arbeitete, bis sich am 8. April ein Güterzug mit mir in Richtung Europa in Bewegung setzte.

Im Gegensatz zu den damaligen Zwangsarbeitern aus Osteuropa, die häufig freiwillig in Deutschland arbeiteten, weil sie hier bessere Lebensbedingungen hatten, waren wir wirkliche Zwangsarbeiter. Wir fragten uns damals, ob sich je in Deutschland ein Politiker oder die Presse auch für unsere Schicksale einsetzen würde.

Unsere Personalakten aus Sibirien, die heute noch in Moskau in einem Staatsarchiv 'gehütet' werden, sind nach Dekret von Boris Jelzin für 75 Jahre unter Verschluss zu halten. Warum wohl?

Wolfgang Lehmann

Gesucht wird

Herr Levin sucht Informationen über seine Mutter, die 1968/1969 in Hoheneck war. Er selbst kam ins Heim. Die Mutter lebt nicht mehr. Er hat jedoch den Wunsch, mehr über sie zu erfahren.

Daher sucht er Frauen, die seine Mutter vielleicht in Hoheneck kennengelernt haben. Die Daten: Christel Else Käte Stuppeck, geborene Lutterloh, geboren am 27.12.1933, Berlinerin.

Durchbruch bei Verhandlungen in Erfurt

VOS handelt Kooperationsvertrag für Gedenkstätte aus

Die Verhandlungen der VOS mit dem Thüringer Kultus-Staatssekretär Prof. Deufel über die Mitwirkung der Opferverbände beim Aufbau und Betrieb der Gedenkstätte in der Erfurter Andreasstraße haben zu einem Durchbruch geführt.

Das Kultusministerium sicherte jetzt schriftlich zu, dafür Sorge zu tragen, dass die Verpflichtungen aus dem Kooperationsvertrag von einem Rechtsnachfolger der Stiftung Gedenken-Erinnern-Lernen übernommen werden.

Jetzt hat sich auch Freiheit e.V. bereit erklärt, dem Vertrag zuzustimmen; der letzte noch offene Streitpunkt sei ausgeräumt.

Die Unterzeichnung des Vertrages durch VOS, Freiheit e.V., Gesellschaft für Zeitgeschichte e.V. und Staatssekretär Deufel fand im Kultusministerium in Erfurt statt.

Wolf-Dieter Meyer, Thüringer VOS-Landesvorsitzender, erklärte: „Die Vereinbarung ist tragfähig und inhaltsreich. Sie sichert allen Beteiligten die konstruktive Mitwirkung auf gleicher Augenhöhe beim Aufbau und Betrieb der Gedenk- und Bildungsstätte. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit. Die Bemühungen der VOS haben zu einem für alle Seiten akzeptablen Vertragstext geführt.“

Der Vertrag sieht vor, dass die drei Verbände an den Bauberatungen mitwirken sowie Vertreter in die zu bildende Kommission zur Findung eines Gedenkstätdirektors und in die Arbeitsgruppe zur Entwicklung der Dauerausstellung entsenden. Im Beirat der Gedenk- und Bildungsstätte werden die Vereine mit jeweils drei Vertretern mitarbeiten. Für die eigenen Aktivitäten der drei Verbände im Rahmen des Betriebes der Gedenk- und Bildungsstätte sollen in deren Wirtschaftsplan jährlich gesonderte Finanzmittel vorgesehen werden. VOS, Freiheit e.V. und der Gesellschaft für Zeitgeschichte e.V. wird außerdem zugesichert, dass sie die Infrastruktur der Gedenk- und Bildungsstätte für Vereinszwecke nutzen können.

Ronald Lässig, Stellvertretender Bundesvorsitzender der VOS

Haft und Verfolgung als ideologische Argumente

Authentische Berichte von SED-Opfern – auch aus der VOS - Gegen die DDR-Verklärung

In diesen Wochen anschwellender DDR-Verklärung durch die SED-Nachfolgepartei und ihre ideologischen Beiköche ist es nützlich, den Blick in ein Buch zu werfen, worin in sechs authentischen Berichten der „Arbeiter- und Bauernstaat“ dort beschrieben wird, wo er am scheußlichsten war: in seinen Zuchthäusern! Fünf dieser DDR-Opfer haben mehrere Jahre in diesen „Verwahranstalten“, so die offizielle Bezeichnung, verbracht, das sechste, Chaim Noll, wurde wegen Wehrdienstverweigerung in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen!

lesen, dass ihn die „Volkspolizei“ im Bautzener Strafvollzug als „unversöhnlichen und eingefleischten Gegner“ einschätzte. Ein Urteil, das wie eine Auszeichnung klingt! Dabei hat er, was verständlich gewesen wäre, nie einen platten und polemischen Antikommunismus vertreten. Heute ist seine Arbeit unentbehrlich geworden in der Bekämpfung des „linksreaktionären Geschichtsrevisionismus“, der die SED-Diktatur zum Rechtsstaat verklären möchte.

Die Journalistin Ellen Thiemann, geboren 1937 in Dresden, hat 1960

„Staatssicherheit“, denen sie auch in Westdeutschland ausgesetzt war. Dass die ständigen Überwachungen, die 1986 auch zu einem Überfall in einem Kölner Park führten, keine Hirngespinnste einer verängstigten Hoheneckerin waren, dafür boten Ellen Thiemann die umfangreichen Dokumente, die ihr von der BIRTHLER-Behörde zugesandt worden waren, Beweismaterial.

Auch die Verwüstung ihrer Wohnung noch 1995 führte sie auf die Aktivitäten einstiger MfS-Leute zurück. Über die ungeheuerlichen Vorgänge bei der heutigen DDR-

SEITENBLICK - BÜCHER IN DER FG

Da ist zunächst der später als DDR-Forscher hochangesehene Karl Wilhelm Fricke, geboren 1929 in Hoym bei Aschersleben in Sachsen-Anhalt, der 1946 mit ansehen musste, wie sein Vater verhaftet wurde, der dann 1952, zu zwölf Jahren verurteilt, im Zuchthaus Waldheim verstarb. Er selbst wurde 1949 verhaftet, konnte aber über die innerdeutsche Grenze entkommen und studierte später in Wilhelmshaven und an der Freien Universität in Westberlin. Da er nebenberuflich für Presse und Hörfunk kritische Beiträge über DDR-Zustände verfasste, wurde er am 1. April 1955 nach Ostberlin entführt und am 11. Juli 1956 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in Brandenburg und Bautzen II verbrachte. Er gehörte somit zu den mehr als 600 von Agenten der „Staatssicherheit“ verschleppten Westbürgern, von denen manche, wie der 1952 entführte Walter Linse, nie wieder auftauchten.

Diese Jahre in Bautzen haben den kämpferischen Journalisten Karl Wilhelm Fricke für sein Leben geprägt. Insofern war die Entführung 1955, die ein Akt der Rache und Abschreckung sein sollte, ein politischer Fehler, weil der Gefangene nicht „umerzogen“ wurde, sondern in seiner Einzelzelle unermüdlich die „sozialistischen Klassiker“ Marx, Engels, Lenin studierte, was ihm nach der Entlassung 1959 unerhört nützlich war. In seinen Akten konnte er 35 Jahre später nach-

den DDR-Spitzensportler und Sportjournalisten Klaus Thiemann geheiratet, der sie 1972 der „Staatssicherheit“, für die er als „inoffizieller Mitarbeiter“ tätig war, auslieferte. Sie wurde zu dreieinhalb Jahren verurteilt, kam ins mittelalterliche Frauenzuchthaus Hoheneck im Erzgebirge und durfte am 19. Dezember 1975 nach Köln ausreisen, wo sie ihre Bücher schrieb.



Ellen Thiemann, Mitautorin von „Der lange Arm der Stasi“

Das erste Buch über die Zuchthausjahre erschien 1984 unter dem Titel „Stell dich mit den Schergen gut“, im zweiten „Der Feind an meiner Seite“ (2005), berichtete sie, nachdem sie 1992 bei der Gauck-Behörde in Berlin ihre Akten eingesehen hatte, über das Doppelleben ihres geschiedenen Mannes als Sportreporter und Zuträger der „Staatssicherheit“. Im zweiten Teil ihres Beitrags für dieses Buch beschreibt sie ausführlich die Nachstellungen durch die

Verklärung durch Linkspartei, Egon Krenz und einschlägige Verlage, wo ein Buch nach dem anderen zur Reinwaschung einer blutigen Diktatur ausgeliefert wird, braucht man unter DDR-Häftlingen nicht zu streiten. Traurig ist, dass von der demokratischen Öffentlichkeit die frechen Auftritte hoher Stasi-Offiziere, die vom „kapitalistischen Staat“ fette Pensionen beziehen, widerspruchlos toleriert wird.

Von ganz ähnlichen Erfahrungen schreibt die 1955 in Leipzig geborene Uta Franke in ihrem Buch „Sand im Getriebe“ (2008), woraus hier Auszüge abgedruckt sind. Sie war Mitglied eines „oppositionellen Freundeskreises“, wo sie verbotene Bücher wie Wolfgang Leonhards Autobiografie „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ (1955) und Rudolf Bahros schonungslose Analyse der DDR-Wirtschaft „Die Alternative“ (1978) las, wurde am 5. September 1979 verhaftet und „zur Klärung eines Sachverhalts“ mitgenommen.

Nach der Verurteilung kam sie 1980 nach Hoheneck, wurde im Jahr darauf freigekauft und ging nach Köln, wo sie bis zum Mauerfall 1989 von der „Staatssicherheit“ überwacht wurde. Was sie danach in der Gauck-Behörde an Zersetzungsversuchen gegen sie und ihren Kölner Freundeskreis als „neotrotzkistisch orientierte Feindorganisation“ dokumentiert fand, spottet jeder Beschreibung.

Westdeutsche Leser dieses Buches dürften schon jetzt darüber erschrocken sein, was Ellen Thiemann und Uta Franke widerfahren ist, vom Schicksal Karl Wilhelm Frickes ganz zu schweigen. Beide Frauen wollten lediglich den ungeliebten SED-Staat verlassen, was nach DDR-Gesetzen ein Verbrechen war und mit Zuchthaus bestraft wurde. Auch der 1951 in Leipzig geborenen Musikdozentin Eva-Maria Neumann, die heute an der Musikhochschule in Aachen unterrichtet, ging es nicht anders. Sie, ihr Mann und die dreijährige Tochter wurden am 19. Februar 1977 am innerdeutschen Grenzübergang Rudolphstein/Hirschberg aus dem Fluchtversteck geholt, die Tochter in ein Kinderheim gebracht, die Eltern wegen „Republikflucht“ verurteilt, die Mutter zu drei Jahren. Über diese Zeit in Hoheneck, wo sie im Drei-Schichten-System Strumpfhosen nähte, bis zum Freikauf am 26. September 1978 hat Eva-Maria Neumann unter dem Titel „Sie nahmen mir mehr als die Freiheit“ (2007) ein erschütterndes und höchst lesenswertes Buch geschrieben.

Sozusagen für Westleser schrieb sie im Beitrag für dieses Buch eine autobiografisch untermauerte Abrechnung mit dem DDR-Sozialismus, worin sie die Gründe für ihre Flucht nachlieferte. Diese 19 Seiten zeugen von tiefem Verständnis für die Sorgen und Nöte von DDR-Bürgern, deren Schuld für ihr politisches Schicksal allein darin bestand, 1945 in der falschen Gegend gelebt zu haben.

Der 1949 geborene Alexander Richter, der als Schriftsteller 25 Bücher veröffentlicht hat, wurde am 7. September 1982 in Potsdam verhaftet, zu sechs Jahren verurteilt wegen „staatsfeindlicher Hetze“ und am 14. Februar 1985 freigekauft. Heute lebt er im Münsterland und redigiert die Häftlingszeitschrift „Freiheitsglocke“. Das von ihm verübte „Verbrechen“ bestand darin, ein DDR-kritisches Manuskript in über 500 Einzelbriefen mit falschem Absender nach Westdeutschland geschickt zu haben. Deshalb war er von falschen Freunden ausgehorcht, durch „Wanzen“ abgehört und durch Haussuchungen überführt worden. Sein Bericht darüber, wie er durch

eine unmenschlich hohe Strafe zum Schweigen gebracht werden sollte, besticht dadurch, was er über die Zeit nach 1989/90 zu erzählen weiß. Nach der Einsicht in seine Stasi-Akten nämlich erhielt er eine Liste mit Namen und Anschriften der MfS-Offiziere, die an seiner Verurteilung mitgewirkt hatten. Und er ist mutig genug, sie der Reihe nach aufzusuchen. Kargen Erfolg freilich hatte er nur bei einem Major, der ihn in die Wohnung bittet, dort aber einsilbig bleibt und, trotz schweißnasser Stirn, kaum Reue zeigt, auch wenn er ständig die Augen niederschlägt.

Chaim Noll, der 1954 als Hans Noll in Ostberlin geborene Sohn des DDR-Schriftstellers Dieter Noll (1927-2008), der 1984 ausgebürgert wurde und seit 1995 in Israel lebt, bietet in seinem Beitrag über die „neue Klasse“ eine scharfsinnige Analyse der SED-Nomenklatura. Chaim Noll entstammt selbst dieser Klasse der Privilegierten, wie sie im anonymen, 1978 im „Spiegel“ veröffentlichten „Manifest der Opposition“ eindringlich beschrieben wurde. Als Sohn eines Autors, dessen zweibändiger Anti-Kriegs-Roman „Die Abenteuer des Werner Holt“ (1960/63) an DDR-Schulen Pflichtlektüre war, hat er in seinem ersten Buch „Der Abschied. Journal meiner Ausreise aus der DDR“ (1985) eindrucksvoll geschildert, wie er in einem kommunistischen Elternhaus aufgewachsen und wie es dann zum Bruch mit der Ideologie des Marxismus-Leninismus gekommen ist. Er kennt auch die Dissidentenliteratur und hat das Buch des jugoslawischen Kommunisten Milovan Djilas „Die neue Klasse“ (1957), das vor einem halben Jahrhundert hohes Aufsehen erregte, gelesen. Sein Beitrag ist eine Art Fazit, das er aus den fünf Erfahrungsberichten zieht, wobei er bedauert, dass „der Westen“ offensichtlich nicht lernfähig ist: „Mit Erstaunen beobachten wir ihr unheimliches Überleben, ihre Wirksamkeit in den Strukturen des Westens, ihr allmähliches Eindringen in die Welt der demokratischen Freiheiten, mit Erstaunen und einiger Beklommenheit, wir, die mit ihnen aufwuchsen und uns von ihnen abwandten, in einem Entsetzen, das heute kaum noch jemand teilt.“

Dr. Jörg Bernhard Bilke



„Der lange Arm der Stasi. Folter, Psychoterror, DDR-Nostalgie. Persönliche Zeugnisse“, Vorwort von Constantin Magnis, MM-Verlag, Aachen 2009, ISBN 978-3-928272-89-6, 224 Seiten, 18,00 Euro

Die üblen Machenschaften der DDR-Psychiatrie
Eigene Internetseite wird nun stärker frequentiert

☒ Ich freue mich riesig über eure Unterstützung. Ich merke auf meinen Seiten, gestiegenes Interesse. Mehrmals wurde zum Ausdruck gebracht, dass so gut wie nichts über Psychiatriemissbrauch bekannt ist. Diese weit verbreitete Meinung kann ich nur bestätigen. Ich selber habe unzählige Anläufe genommen, meine Biografie oder Auszüge daraus zu veröffentlichen, überall ohne Erfolg. Ich biete mich bei eurem Zeitzeugenprojekt als Augenzeuge an. Wenn die Öffentlichkeit mehr über die Verbrechen in der DDR-Psychiatrie weiß, gibt es auch für die zahlreichen Missbrauchsoffer eher eine Chance auf Rehabilitation! Es ist auch logisch, dass die Ärzteschaft die Handbremse anzieht, weil ein ganzer Zweig des Gesundheitswesens der DDR angeprangert würde.

Lothar Tiedtke von Koß

Das Zitat:

Es ist schwieriger, eine vorgefasste Meinung zu zertrümmern als ein Atom. *Albert Einstein*

Moskau: Der Stalinismus lebt!

Siegesfeier am 9. Mai mit dem riesigen Konterfeis des Diktators in Moskau?

Am 9. Mai soll in Moskau der 65. Jahrestag des Sieges der kommunistischen Sowjetunion über das faschistische Deutschland gefeiert werden. Ein geschichtsträchtiges Datum, zu dem nun auch wieder der Diktator Stalin aus der Versenkung befördert werden soll. Zur Feier des Sieges hat die russische Hauptstadt Moskau bereits im Februar die Genehmigung erteilt, den damaligen Parteichef Josef Stalin im riesigen Format und in quasi unbegrenzter Zahl auf Tafeln und Postern in der Öffentlichkeit zur Schau zu stellen und ihn somit als wichtigsten Sowjet-Politiker des Sieges über Hitler-Deutschland zu ehren. Dies kommt einem Skandal und einer Verhöhnung aller Opfer des gebürtigen Georgiers gleich. Hat doch Stalin wahllos Sowjet-Bürger, egal welcher politischen Anschauung, Russlanddeutsche und nach Kriegsende massenweise auch unschuldige Deutsche in Lager sperren oder hinrichten lassen. Ungeachtet der zuvor von Nazi-Deutschland begangenen Verbrechen wird der Geschichte des Kriegsendes auf diese fatale Weise Gewalt angetan.

Während sich nun in Russland – erfreulicherweise – zahlreiche Stimmen gegen die Stalin-Ehrung erheben, hat man aus Deutschland und anderen Länder bislang keine offizielle Reaktion erfahren können.

Auch Michael Gorbatschow, einst der große Verfechter von Glasnost und des „gemeinsamen Hauses Europa“ hat sich empört gegen die Verherrlichung Stalins gewandt. Gorbatschow, der wie inzwischen Barack Obama Friedensnobelpreisträger ist, bezichtigte Stalin, während des Krieges schwere Fehler begangen zu haben. Seiner Meinung nach habe nicht Stalin, sondern das Volk in Selbstaufopferung den Sieg im Zweiten Weltkrieg errungen.

Russische Menschenrechtler wandten sich ebenfalls gegen eine Verherrlichung Stalins und nannten den 1953 verstorbenen Diktator einen Massenmörder, was mit Blick auf die Opferzahlen in Veröffentlichungen wie dem „Schwarzbuch des Kommunismus“ nachhaltig belegt wird. Ebenso ist zu beobachten, dass in den baltischen Republiken, einstmals zwangsweise der Sowjetunion angehörig, oder in Polen das Verherrlichen von Kommunismus-Symbolen ebenso wie das der faschistischen Zeichen mittlerweile unter Strafe gestellt wurde. Eine Maßnahme übrigens, die für Deutschland undenkbar wäre.

Fragt sich nun, welche Haltung werden die ganz gewiss zur Siegesfeier eingeladenen ausländischen Politikerinnen und Politiker einnehmen. Werden sie das Kriegsende im Angesicht des Tyrannen Stalin bejubeln? Insbesondere darf man auf die Reaktion der deutschen Seite gespannt sein, gilt doch Stalin nicht nur bei den Überlebenden der Internierungslage als Monster und machen ihn auch die noch lebenden Vertriebenen für die Abteilung deutscher Ostgebiete verantwortlich. Denkbar wäre es, dass die Opfer von einst und die geschichtsbewussten Demokraten unsere Spitzenpolitiker rechtzeitig auf die Schmach aufmerksam machen würden, die sie vielen Deutschen mit einer Teilnahme an der Siegesfeier im Schatten der Stalin-Bilder antäten.

Tom Haltern

Nachgefragt und Antwort bekommen

NS-Opfer: Auch Hinterbliebene und Waisen erhalten die Ehrenpension

Die heute noch geltenden Regelungen der Entschädigungszahlungen für die NS-Opfer sind weit günstiger als die Gesetze für die Entschädigung der Opfer der SED-Diktatur.

Bislang war es mehr oder weniger verschleiert worden, ob und welche Zahlungen noch heute an „Kämpfer gegen den Faschismus und Verfolgte des Faschismus sowie für Hinterbliebene“ geleistet werden. Nun jedoch hat Kamerad Wolfgang Häckl aus Oberwiesenthal eine Nachfrage beim sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz eingereicht und eine aussagekräftige Antwort bekommen.

Demnach wird die Zahlung der Ehrenpension an den Kreis der Vorgenannten aufgrund der Anordnung vom 20. September 1976 weiterhin fortgeführt. Hierzu ist das Entschädigungsgesetz vom 22. April 1992 maßgebend. In diesem Gesetz wurde festgelegt, dass die Opfer selbst eine DM-Zahlung von 1.400 (717,50 Euro) je Monat erhalten. Witwen bzw. Witwer dieser Betroffenen wird ebenso wie Voll- und Halbweisen eine Zahlung gewährt. So erhalten die Witwen/Witwer je Monat 410 Euro, Vollweisen 256,25 Euro und Halbweisen 153,75 Euro.

Mitgeteilt wird auch die Zahl der bis zum 31.12. 2008 anspruchsberechtigten NS-Verfolgten. Dies sind nach Auskunft der Deutschen Rentenversicherung zu diesem Zeitpunkt 2.017 Personen, darunter 979 Witwen/Witwer, gewesen.

Um die Unterschiede zwischen den Leistungen für die NS-Opfer und denen für die SED-Verfolgten erkennen zu können, muss man in der Tat kein Mathematiker und kein Wissenschaftler sein. Es ist vor allem die Versorgung der Hinterbliebenen von SED-Opfern, die hinter denen der NS-Verfolgten um einhundert Prozent zurücksteht. Auch die finanziellen Aufwendungen für die NS-Opfer sind im Einzelnen höher, wenngleich natürlich durch die weitaus größere Zahl der Anspruchsberechtigten bei den SED-Opfern insgesamt mehr Geld erforderlich ist. Es ist also keine Übertreibung, wenn Wolfgang Häckl, der hier gut recherchiert hat, das Ergebnis mit einem treffenden Fazit kommentiert: „Auf alle Fälle ist es immer wieder interessant zu erfahren, wie man politische Opfer zwanzig Jahre lang in zwei Kategorien unterteilt hat.“

Was bei der Zahlung der Ehrenpension für die SED-Opfer, insbesondere die ehemaligen politischen Häftlinge, zu beanstanden bleibt, ist zum einen der geringere Betrag von 250 Euro, der zudem bei Betroffenen, die noch beruflich tätig sind, an das Einkommen gebunden ist. Aber auch die Tatsache, dass für die Ehrenpension der DDR-Opfer ein halbes Jahr Haft nachzuweisen ist, schafft bei vielen Betroffenen Verdruss. Ahnt man doch, dass die Lebensläufe unabhängig von der Haftzeit zerstört wurden und dass verschiedene perfide Zersetzungsmaßnahmen der Stasi – beispielsweise der Einsatz von Röntgenstrahlen bei der Auslösung von Krebserkrankungen – vorkamen, aber möglicherweise niemals nachweisbar sein werden.

B. Thonn/W. Häckl

Verfolgt von Konrad Adenauers „Häschern“

Zum Tod des Kommunisten Jupp Angenfort

Seit meiner Entlassung im Sommer 1964 aus dem Zuchthaus Waldheim lese ich kommunistische Zeitungen. Man muss schließlich wissen, was der „Klassenfeind“ treibt und welche Pläne er bis zum Mauerfall 1989 bei der Umgestaltung Westdeutschlands verfolgte. Am 19. März las ich dort, in den Zeitungen „Neues Deutschland“ und „Unsere Zeit“, Todesanzeigen für den in Düsseldorf verschiedenen „Klassenkämpfer“ Jupp Angenfort (1924-2010), der sein ganzes Kommunistenleben der „Befreiung der Menschheit“ gewidmet hatte. Kam mir der Name nicht bekannt vor? Lief da nicht 1962 in der FDJ-Zeitung „Junge Welt“, die wir zur „Umerziehung“ auch in Waldheim lesen durften, eine irre Politstory in Fortsetzungen „Unser Freund Jupp“?

Im „Neuen Deutschland“ konnten wir doch damals ständig polemische Artikel über westdeutsche „Friedensfreunde“ lesen, die von den „Bonner Ultras“, so hieß die Regierung unter Konrad Adenauer, verfolgt und von einer „reaktionären Justiz“ durch „Terrorurteile“ für fünf bis sieben Monate ins Gefängnis geschickt worden waren. Am Schicksal Jupp Angenforts konnten wir uns endlich ein „zutreffendes Bild“ von diesem „schrecklichen Staat“ machen, in welchen wir alle ausgebürgert werden wollten!

Josef Angenfort, so der Taufname, wurde als Sohn eines Düsseldorfer Eisenbahners katholisch erzogen und geriet im Oktober 1943 an der Ostfront in russische Gefangenschaft. Er besuchte, noch keine 20 Jahre alt, die „Antifa-Schule“ und durfte danach deutsche Kriegsgefangene aufklären, für wen sie gekämpft hatten. Im März 1949 kehrte er nach Düsseldorf zurück, wurde KPD-Mitglied und FDJ-Vorsitzender in Westdeutschland, 1951 schließlich auch Mitglied des Landtags in Nordrhein-Westfalen.

Dann aber kam es knüppeldick! Am 26. Juni 1951 wurde die FDJ verboten und fünf Jahre später, am 17. August 1956, auch die KPD. Schlimme Zeiten also für „unseren Freund Jupp“! Er wurde im März 1953 verhaftet, am 4. Juni 1955 wegen „Hochverrats“ zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, die er in Münster absaß, und im April 1957 von Bundespräsident Theodor Heuss begnadigt. Da er offenbar wiederholt gegen die Bewährungsauflagen verstoßen hatte, wurde er am 28. Februar 1962 erneut verhaftet, fast fünf Jahre nach seiner Begnadigung, und kam nach München-Stadelheim. Von dort gelang ihm, während eines Gefangenentransports, die Flucht am 4. April 1962, die ihn schließlich ins „gelobte Land“, den ummauerten SED-Staat, die DDR führte.

Es ist die übliche Geschichte eines treuen Parteisol- daten, der den demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennen wollte, obwohl er nach seiner Rückkehr aus dem „DDR-Exil“ 1968 eine führende Rolle in der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP) einnehmen sollte, die am 25. September 1968 unter Duldung durch Gustav Heinemann, den Justizminister der Großen Koalition 1966/69, gegründet worden war. In der Gruselgeschichte „Unser Freund Jupp“, der den Lesern der „Jungen Welt“ 1962

präsentiert wurde, erscheint die noch junge Bundesrepublik, der Zufluchtsort Hunderttausender von DDR-Flüchtlingen, als „faschistischer“ Nachfolgestaat des 1945 untergegangenen „Dritten Reiches“, der seine politischen Gegner gnadenlos verfolgte, so dass sie in den Untergrund abtauchen mussten. Wäre da nicht ein „fortschrittlicher Pfarrer“ gewesen, der dem vor „Adenauers Häschern“ fliehenden Jupp Unterschlupf gewährt hätte, so wäre er unzweifelhaft in den düsteren „Kerkern“ der westdeutschen „Klassenjustiz“ verkommen. Das alles lasen wir zähneknirschend, unsere eigene Lage bedenkend, im Sommer 1962 im Zuchthaus Waldheim in Sachsen! *Dr. Jörg Bernhard Bilke*

„Die Entschuldigung blieb aus“

Die Perspektive Unschuld zum Fall Angenfort

In der Wochenend-Ausgabe des ND am 27. März wurde ein Beitrag über Jupp Angenfort gleichnamig zu der hier zitierten Überschrift überschrieben.

Es ist doch makaber, dass ausgerechnet ein Beitrag, der über die Verurteilung des Kommunisten Angenfort und im Kontext dann die Verurteilungen weiterer etwa 10.000 Kommunisten in der Nachkriegs-Bundesrepublik beklagt, mit keinem Wort darauf eingeht, was diese Kommunisten in ihrer üblichen Brutalität zehnmal so vielen Menschen, wirklich Unschuldigen und Minderjährigen nämlich, unter dem Deckmantel der Verschwiegenheit und bestenfalls mit der Rechtfertigung der Nazi-Verbrechen – bis heute das am einfachsten anzuwendende Verleumdungsmittel – angetan haben. Und das nicht nur, ohne sich dafür zu entschuldigen, sondern mit der Behauptung, alles sei zu Recht geschehen. Insofern ist die Verurteilung Jupp Angenforts, der zudem in einem – im Vergleich zu den DDR-Zuchthäusern und KZs – paradiesischen Strafvollzug, (offenbar nicht mal unter vorschriftsmäßiger Bewachung) untergebracht war, als „hart“ zu bezeichnen, zeugt von anhaltender Verlogenheit und geht in auf die altbekannte Weigerung zurück, sich mit geöffneten Augen der wahren Geschichte zuzuwenden.

Das Ganze dann auch noch mit der milden Strafjustiz der frühen NS-Jahre zu vergleichen, ist besonders bemerkenswert. Heißt es doch, dass in den ersten Jahren der Nazi-Zeit die Vorbereitung des Hochverrats mit höchstens drei Jahren geahndet worden sei. Man nehme dagegen die SBZ bzw. die DDR, wo man Hochverrat, der gar nicht begangen worden war, mit Todesstrafe oder 25 Haftjahren „vergütete“. Die Urteile – da frage man mal die damals 17-Jährigen – wurden erfoltert oder erschwindelt. Und dass Angenfort verhaftet wurde, auch als ansonsten „Justiz-immuner“ Landtagsabgeordneter ist durchaus auch kein Fall, den es in der DDR nicht gegeben hat. Aber das ist bekannt, bis heute: Leid und Ungerechtigkeit widerfahren immer nur den Linken.

Die Verbrechen, die man selbst begangen hat, bauscht man zu Heldentaten auf und streicht sie mit dem üblichen oberflächlichen Nazi-Gedusel an. Was dabei rauskommt, will man dann nicht wahrhaben: Dass es eigentlich nur die Naiven und die Unbelehrbaren im Lande sind, die dem einseitig gefärbten Gefasel „von links“ auf den Leim gehen ... Wer es genauer wissen will, der möge sich durch den Bericht „Häftlingsschicksal“ auf Seite 6 dieser Fg informieren.

Hugo Diederich

Dann wäre der Weg frei für eine Versöhnung mit dem russischen Volk

Professor Udo Ehling setzt sich mit den teils bewusst herbeigeführten Verfälschungen und Fehlinterpretationen der Urteile und Inhaftierungen nach 1945 durch die Sowjets auseinander

In Fg 689 begannen wir mit einer Rückschau auf die Verhaftungswillkür nach 1945. Lesen Sie nachstehend den zweiten und abschließenden Teil dieses aufrüttelnden Beitrags.

Es soll auch in einigen seltenen Fällen Waffen in den Konzentrationslagern gegeben haben. Völlig ausgeschlossen war das in den Lagern der NKWD.

Seit Januar 2008 ist mir die Reportage aus dem „Roten Stern“ bekannt. Ich bekam den Artikel von einer mir bekannten Persönlichkeit, die mich bat, seinen Namen nicht zu nennen. In welcher Zeitschrift die deutsche Übersetzung erschienen ist, konnte mir der Betreffende leider nicht mitteilen.

Übersetzt wurde die Reportage am 3. November 1981 von Oberstleutnant M., Staboffizier in der NVA. Besonders interessant ist die Wertung des Artikels durch die NVA. Die Originalreportage und die Übersetzung wurden auf den Seiten 9 bis 11 im ersten Literaturbeitrag reproduziert.

Haarsträubende Propagandapapieren als Inhaftierungsgrund

In dem Artikel heißt es wörtlich: „In der Stadt Zehdenick versuchte eine Nazistin eine illegale Untergrundorganisation der Hitlerjugend zu mobilisieren. Die Aufgabe der Organisation bestand in der Vernichtung sowjetischer Offiziere und Kämpfer, fortschrittlicher Deutscher, in der Organisation von Diversionsakten und so weiter. Die Faschistin mietete am ersten Tag ihres Erscheinens acht Quartiere, die als Treff und Verbindungspunkte benützt werden sollten. Sie begann einen Überfall auf das Bürgermeisteramt und auf unsere Militärkommandantur vorzubereiten. Aber schon am nächsten Tag war das alles der Militärmacht bekannt, und in der Nacht wurde durch eine Abteilung in einem dieser Quartiere die mit zwei Pistolen bewaffnete Faschistin festgenommen. Dabei wurden noch einige Mitglie-

der dieser Organisation mit verhaftet.“

In meinen Verhören wurde mir nie ein entsprechender Vorwurf gemacht. Auch in den Schreiben der Militärhauptstaatsanwaltschaft der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation wurden diese Anschuldigungen nicht erwähnt.

In einem Schreiben an die Rechts- und Konsularabteilung der Botschaft der Bundesrepublik in Moskau vom 10. Oktober 2001 bestätigte die Militärstaatsanwaltschaft der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation, dass sie meinen Antrag auf Rehabilitierung geprüft hat (Abb. 2). Wörtlich heißt es: „Während seines Aufenthaltes im Sonderlager wurde er von den sowjetischen Behörden nicht aus politischen Motiven gerichtlich belangt oder verfolgt.“

Keine Unterschiede bei den Opfern

Diese Aussage kann ich bestätigen. Aber aus dem Hinweis auf diese Tatsache meine Rehabilitation auf Grund des Gesetzes der Russischen Föderation „Über die Rehabilitierung von Opfern politischer Repressionen“ vom 18. Oktober 1991 abzulehnen, ist nicht akzeptabel.

Dem Inhalt nach galt dieses Gesetz nur für Sowjetbürger. Dennoch bezogen sich Militärstaatsanwälte der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft in den ersten Bescheiden über die Rehabilitierung von verurteilten deutschen Kriegsgefangenen auf dieses Gesetz (6).

Es kann nicht sein, dass es zwei unschuldige Opfergruppen gibt, diejenigen, die rehabilitiert werden können und die anderen, die für „ewig“ gebrandmarkt bleiben.

Dass die Behörde auch zu anderen Entscheidungen kommen kann, beweist die Rehabilitation von Heinrich George. Er war in Sachsenhausen interniert und ist auch dort gestorben. Hier müsste das Auswärtige Amt auf die russischen Behörden einwirken, dieses Unrecht an den ehemaligen Internierten zu korrigie-

ren. Eine der Aufgaben der Opfergruppen sollte es sein, die Medien und die Politiker auf dieses Unrecht aufmerksam zu machen.

Was für eine Behauptung: mit zwölf Jahren in leitender Position

In der Begründung der Militärhauptstaatsanwaltschaft vom 10. Oktober 2001, warum ich interniert wurde, heißt es wörtlich (Abb.2): „weil er bei der faschistischen Jugendorganisation ‚Hitlerjugend‘ eine leitende Position bekleidete“ und dort fünf Jahre lang „aktiv an der Umsetzung von Beschlüssen der faschistischen Regierung Deutschlands mitgearbeitet hatte.“

Diese Behauptung muss in folgenden Punkten korrigiert werden:

1) Da mein Geburtsjahrgang in den Akten richtig wiedergegeben wurde, konnte ich mit 12 Jahren, also 1940, noch nicht in der Hitlerjugend sein, da man erst mit 14 Jahren in diese Organisation aufgenommen wurde. Ich war Mitglied des Deutschen Jungvolks.

2) Scharführer ist eine Dienststellung bzw. ein Dienstrang in der Hitlerjugend, nicht im Deutschen Jungvolk.

3) Meine „aktive Rolle bei der Umsetzung von Beschlüssen der faschistischen Regierung“ wurde unterbrochen, da ich als Jungzugführer des Fähnleins 7 in Zehdenick im Frühjahr 1942 vom Dienst im Deutschen Jungvolk suspendiert wurde. Eine außergewöhnliche Maßnahme, die wahrscheinlich auch im Widerspruch zum Staatsjugendgesetz stand. Meine Reaktivierung als Hauptjungzugführer in einem Landfähnlein (Burgwall, Mildenburg) erfolgte erst 1943.

4) Meine Dienstzeit als Marinehelfer (13.3.1944 – 24.3.1945) wurde völlig ignoriert, obwohl ich in meinen Verhören ausführlich nach meinen Aufgaben als Marinehelfer befragt wurde (7). In dieser Zeit war ich in Horumersiel und Schillig stationiert, konnte also nicht in Zehdenick sein.

Hauptjungzugführer in einem Landfähnlein des Deutschen Jungvolks war keine leitende Position. Entsprechend hätte ich unter die Jugendamnestie vom Mai 1947 fallen müssen, die für alle Jugendlichen galt, die nach dem 1. Januar 1919 geboren wurden.

Erhebliche Widersprüchlichkeiten in den Bescheinigungen

Die Bescheinigung, die auf der Grundlage meiner Erfassungs-Kontrollakte ausgestellt wurde, ist in Abb. 3 reproduziert. Laut Bescheinigung erfolgte meine Verhaftung am 5. Juli 1945. Verhaftet wurde ich aber schon am 24. Juni 1945. Am 25. Juni 1945 wurde ich zum ersten Mal von einem NKWD-Offizier verhört. Als Begründung meiner Verhaftung wurde angegeben, „weil er von 1940 bis 1945 den Posten eines Scharführers (Leiter) in der faschistischen Jugendorganisation ‚Hitlerjugend‘ in Zehdenick bekleidete und dort aktiv an der Umsetzung von Beschlüssen der faschistischen Regierung Deutschlands mitgearbeitet hatte.“

Die oben genannten Punkte 1 – 4 widersprechen dieser Darstellung. Ferner verschweigt die Bescheinigung, wie man als Schüler oder Marinehelfer „aktiv an der Umsetzung von Beschlüssen der faschistischen Regierung Deutschlands mitgearbeitet“ haben könnte. In der Bescheinigung heißt es weiter, dass ich am 19. April 1948 aus dem Speziallager Nr. 4 entlassen wurde. Leider erfolgte meine Entlassung aus dem Zuchthaus Bautzen erst am 30. Juli 1948.

Schlussfolgerungen:

Die Erfassungs-Kontrollakte, auf deren Grundlage meine Bescheinigung erstellt wurde, diente dem NKWD auch zur Aufstellung der Haftgründe der Internierten. Ein Beispiel einer solchen Aufstellung veröffentlichte Bodo Ritscher et al. (8). Welches Kriterium hätte man in meinem Fall verwendet? Dass ich „Scharführer“ war oder „aktiv an der Umsetzung von Beschlüssen der faschistischen Regierung Deutschlands mitgearbeitet hatte“. Beide Kriterien hätten zu einer falschen

Einordnung geführt. Diese Listen sind für die Charakterisierung der Internierungshäftlinge ungeeignet. Wenn man ferner bedenkt, dass wohl fast alle noch überlebenden ehemaligen Internierten unter die Jugendamnestie vom Mai 1947 fallen, sollte man endlich auf die Wiederholung der kommunistischen Schutzbehauptung, dass sich unter den Internierten viele „Nazi-Größen und KZ-Aufseher befanden“, verzichten.

Es wäre wünschenswert, wenn alle überlebenden ehemaligen Internierten sich um die Aufklärung ihrer Haftgründe über das Auswärtige Amt an die Militärhauptstaatsanwaltschaft wenden würden. Die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation sollte auch die ehemaligen Internierten rehabilitieren. Wenn man auf administrativem Wege interniert werden konnte, sollte auch auf dem gleichen Weg rehabilitiert werden können.

Versöhnung nur bei offener Diskussion möglich und wünschenswert

Erstrebenswert wäre die Gründung einer deutsch-russischen Historikerkommission, welche die Vor-, Kriegs- und Nachkriegsgeschichte beider Völker untersuchen sollte. Dann könnten wir eine offene Diskussion mit unseren russischen Mitbürgern über Schuld und Unschuld beginnen, wie wir es so erfolgreich mit unseren französischen Nachbarn taten. Dann wäre der Weg frei, für eine Versöhnung mit dem russischen Volk.

Wer wünscht sich nicht aus Liebe zur russischen Kultur, aus persönlichen freundschaftlichen Beziehungen zu Russinnen und Russen eine Aussöhnung zwischen beiden Völkern.

Literaturangabe:

- (1) Udo Ehling: „Interniert in Fünfeichen, Brest-Litowsk, Bautzen – aber nicht rehabilitiert“; Eigenverlag Berlin, 2. Auflage Mai 2008
- (2) Ekkehard Schultz „Erinnerungen für die Zukunft – Eine Veranstaltung der Konrad Adenauer-Stiftung über die sowjetischen Speziallager“, Stacheldraht Nr.7, 2006, Seite 4.

- (3) Jorge Semprun „Schreiben oder Leben“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1995
- (4) „Die Jugendamnestie“, Neue Zeit, No. 111 vom 14. Mai 1947
- (5) Jan Lipinsky „Sowjetische Lager in Deutschland – Zahlen, Fakten, Analysen“, Freiheitsglocke, August 2005, Seite 7–8.
- (6) Günther Wagenlehner „Die russischen Bemühungen um die Rehabilitierung der 1941–1956 verfolgten deutschen Staatsbürger“, Heft 29 des Gesprächskreises Geschichte der Friedrich Ebert Stiftung 1999
- (7) Udo Ehling „Eine Jugend in Zehdenick 1928-1948“, Eigenverlag Berlin, 1. Auflage März 2002, Seite 16
- (8) Bodo Ritscher, Rikola-Gunnar Lüttgenau, Gabriele Hammermann, Wolfgang Röhl und Christau Schölzel „Das sowjetische Speziallager Nr. 2 1945–1950“, Wallstein Verlag Göttingen, 1999

Ann. d. Red.: Die im Text genannten Abbildungen enthalten Bescheide der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation:

Abb. 2 Begründung der Ablehnung der Rehabilitation von Udo Ehling.

Abb. 3 Bescheinigung der Internierungshaft von Udo Ehling auf der Grundlage der Erfassungs-Kontrollakte der Militärstaatsanwaltschaft der Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation.

Der Abdruck der Dokumente war aus Platzgründen nicht möglich.

Aktuelle Meinung

Mit Blick auf die am 9. Mai im bevölkerungsreichsten Bundesland der (gesamt)deutschen Republik Nordrhein-Westfalen meint der hier lebende Andreas Kaiser:

Nie steht die Zeit still, auch bei der Landtagswahl nicht. – Nordrhein-Westfalen ist doch kein armseliges Dorf trauriger Handwerker, das taktische Mätzchen der gekünstelten Linken hinnimmt. *A. Kaiser*

Anzumerken wäre, dass die Linke mit als erste Partei mit der Plakatwerbung begonnen hat. Es sind dieselben Plakate wie vor der Bundestagswahl ...

Januskopf SPD und Anachronismen

Gewünscht wird klare Abgrenzung der SPD von den Kommunisten



Wer die Kommunisten wählt, wählt die Unfreiheit. Die Kommunisten – im Moment betiteln sie sich mit „Die Linke“ – sind eine Partei der Unverbesserlichen. Schon die SED hat ihre Untertanen permanent belogen,

betrogen und verdimmt, und viele ihrer Bonzen sind heute Mitglieder dieser Linken. Sie sitzen in Landesparlamenten, in Ämtern und Behörden und im Deutschen Bundestag, und dummfroh proklamieren sie den „Demokratischen Sozialismus“ als Zukunftsmodell für Deutschland.

Doch Demokratie und Sozialismus, das ist ein Anachronismus an sich. In keinem Land der Erde gibt es Demokratie und Sozialismus zugleich. Wer soziale Sicherheit der Freiheit und Demokratie vorzieht, wird in Zukunft beider verlieren. – Leider kämpft die SPD nicht konsequent gegen die Kommunisten, denn sie ist gespalten. Während sich in Thüringen der Landesvorsitzende der SPD Christoph Matschie ganz klar von den Kom-

munisten distanziert, geht in Brandenburg Ministerpräsident Platzeck ohne Not ein Bündnis mit den Linken ein. Selbst eine ganze Reihe von

IM in den Reihen der Linken lässt diesen Genossen völlig kalt, und er hält unverdrossen an dieser Koalition fest. Vielleicht kennt Herr Platzeck die Geschichte der SPD und die Linken als größten Gegner seiner eigenen Partei nicht.

Ich wünsche mir eine klare Abgrenzung der SPD von den Kommunisten, auch um die Politikverdrossenheit in Deutschland zu stoppen.

Natürlich ist unser Land kein Paradies für alle, und wer Hartz-IV-Empfänger ist oder von einer knappen Rente leben muss, hat es nicht leicht. Meinen Landsleuten im Osten möchte ich aber dringend daran erinnern, welchen Lebensstandard sie heute hätten, wenn sie die SED-Kommunisten nicht davongejagt hätten.

Meinen westdeutschen Landsleuten empfehle ich, daran zu denken, wie sie empfunden haben, als die Mauer noch stand. Was hätten wir in den 60er- oder den 70er-Jahren gegeben, wenn es schon damals zur deutschen Vereinigung gekommen wäre.

Die Linke in Deutschland zu wählen beseitigt weder unsere Schulden, noch schaffen wir damit neue Arbeitsplätze. Stattdessen bekommen wir ganz schnell Zustände wie in der untergegangenen „DDR“. Um in Deutschland Wohlstand zu sichern, brauchen wir keine Linke - deshalb keine Stimme den Kommunisten.

Jörg Petzold, Oberbayern

Referenten für Gedenkstätte gesucht

Die Stiftung „Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen“ sucht Besucherreferenten auf Honorarbasis für Führungen durch das ehemalige Stasi-Gefängnis. Die Ausschreibung richtet sich insbesondere an ehemalige politische Häftlinge oder andere Opfer politischer Verfolgung in der DDR, die neben Deutsch noch mindestens eine weitere Fremdsprache beherrschen.

Anforderungen:

- Kenntnis der DDR-Geschichte und des Systems der politischen Verfolgung in SBZ und DDR
- sehr gute Fremdsprachenkenntnisse (vorzugsweise englisch und französisch)
- didaktisch-rhetorische Fähigkeiten, Kommunikations- und Teamfähigkeit
- Zuverlässigkeit und zeitliche Flexibilität
- Bereitschaft zur Evaluation (Besucherreaktionen, Auswertung praktischer Übungen)
- keine frühere Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit oder andere Repressionsorgane der DDR

Bewerbung mit den üblichen Unterlagen (inkl. Rehabilitierungsbeschluss und Nachweis der BStU, dass keine hauptamtliche oder inoffizielle Zusammenarbeit mit dem MfS vorliegt) an:

Bewerbungen/Anfragen an: Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Vorstand, Gensler-

straße 66, 13055 Berlin, Tel. 030/986082-402 oder -416

Suchmeldung an alle Hoheneckerinnen

Für eine wichtige Dokumentation brauchen wir folgende Angaben:

1. Wurde jemand in den Jahren 1973 bis 1975 im Zuchthaus Hoheneck geröntgt oder zum Röntgen in ein anderes Zuchthaus gebracht?
2. Wer wurde im Zuchthaus Hoheneck 1974 oder 1975 fotografiert?
3. Ab wann gab es im Zuchthaus Hoheneck warmes Wasser?
4. Ab wann konnte man im Zuchthaus Hoheneck täglich Post empfangen? (Bis Ende Mai 1975 durfte man pro Monat einen Brief schreiben und einen empfangen sowie pro Monat den Brief eines Kindes.) Und ab wann waren Pakete gestattet, und wie oft konnte man sie bekommen?

Meldungen bitte an die VOS-Bundesgeschäftsstelle

Am Rande glossiert

In diesen Tagen gab es eine Meldung, die einen Teil der Welt in Aufregung versetzte und den anderen Teil schmunzeln ließ: Ein Vulkan auf Island ist ausgebrochen, seine Asche zieht über Europa dahin, der Flugverkehr ist erlahmt, Urlauber und Geschäftsreisende kommen nicht an ihre Ziele. Die finanziellen Einbußen, so heißt es, seien enorm. Wer kann dafür verantwortlich, wer schadensersatzpflichtig gemacht werden?

Nun, Island ist nicht die Bundesrepublik Deutschland. Wäre aber der Vulkan in der Eifel ausgebrochen und hätte dieselben Folgen verursacht, prompt hätte man gerufen: Die Deutschen sind Schuld an dem Unglück, sie zahlen doch sonst für alles. Dann sollen sie es auch jetzt tun.

Und? Natürlich, unsere Politiker hätten sich entschuldigt und allen Ländern Entschädigungen gezahlt. Oder etwa nicht?
T. H.

Millionen bitte diesmal gerecht vergeben!

Die VOS meldet in einer öffentlichen Erklärung den Anspruch der SED-Opfer und ihrer Verbände auf SED-Gelder an. Das Geld solle, so der Bundesvorstand, möglichst über Landesstiftungen zu Zwecken im Sinn der Opfer verwendet werden.

Nach dem Urteil des Oberkantons Zürich über die verschobenen SED-Millionen hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus Ansprüche der Betroffenen angemeldet. Die Bundesregierung sei in der Pflicht, diesmal das Geld ausschließlich den Opfern der SED-Diktatur zukommen zu lassen. Die VOS regt an, Landesstiftungen in allen neuen Bundesländern zu bilden, wenn die mehr als 230 Millionen Euro nach Deutschland überwiesen werden. Die Landesstiftungen müssten die institutionelle Förderung von SED-Opferverbänden sicherstellen, Zeitzeugenbörse sein und die politische Bildung im Spannungsfeld „Diktatur versus Demokratie“ vorantreiben.

Hugo Diederich, stellvertretender VOS-Bundesvorsitzender, erklärt:

„Jetzt sind wir dran! Die vorige Tranche der Novum-Millionen hat der Bund fast nur in Infrastrukturmaßnahmen gesteckt. Wenn das jetzige Urteil Rechtskraft erlangt, müssen die Millionen endlich denen zukommen, denen sie zustehen, nämlich den Opfern. Deshalb begrüßen wir den gestrigen Vorschlag der Thüringer Ministerpräsidentin.“

Außerdem erinnert der Opferverband an seine Forderung, die Bedürftigkeitsprüfungen bei der Opferrente und die 6-Monats-Frist abzuschaffen. Mit 230 Millionen Euro seien all diese Vorhaben problemlos finanzierbar.

Das Obergericht des Kantons Zürich hatte letzte Woche die Bank Unicredit als Mutter der Bank Austria in zweiter Instanz zur Zahlung von 128 Mio. Euro plus fünf Prozent Zinsen über 16 Jahre verurteilt. Das Geld muss laut Einigungsvertrag den neuen Ländern zugutekommen. Allerdings will sich die Bank Austria offenbar in nächster Instanz gegen das Urteil zur Wehr setzen.

Hugo Diederich

Die schleppende Anerkennung von Haftschäden macht das Leid noch schlimmer

Eine Nachbetrachtung zum schmerzvollen Tode unseres Kameraden Uwe Trautmann

Warum ist das so schwer mit der Gerechtigkeit oder Genugtuung?

Warum werden die ehemaligen DDR-Opfer, die politischen Gefangenen, die an wahre Demokratie in der BRD glaubten, heute schon wieder gedemütigt? Wurden sie nicht schon während ihrer Vernehmungen und der unrechtmäßigen Inhaftierung genügend physisch und psychisch misshandelt?

Wieso müssen sie jetzt in diesem Rechtsstaat belegen, über welches Einkommen sie verfügen, um Anspruch auf die winzige, an den Ehepartner nicht vererbare, 250 Euro Opferrente zu haben? Noch schlimmer: es wird jährlich die Einkommenshöhe erneut geprüft, um diese „großzügige Rente“ bei Überschreitung zu streichen. Was für ein menschenunwürdiges und zynisches Verhalten seitens unserer Politiker gegenüber denen, die sich gegen Unrecht und Diktatur auflehnten und für Demokratie eintraten und dafür Repressionen jeglicher Art in Kauf nahmen. Heute müssen genau die von diesem Staat bereits anerkannten Opfer schon wieder etwas beweisen, nämlich dass sie unter posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) durch die DDR Inhaftierung leiden! Die Traumatisierung liegt ja bereits Jahre/Jahrzehnte zurück; das ist doch etwas zweifelhaft, oder?

Man braucht dafür eine schon länger bestehende Rechtsschutzversicherung (als ob man dies wusste oder geplant hätte), um sein Recht auf dem Klageweg zu erstreiten. Wie unwürdig! Wo bleibt das von der Politik vor der Wahl versprochene Beweislastumkehrgesetz? Die PTBS und ihre zum Teil schweren gesundheitlichen Folgen sind wissenschaftlich belegt und weltweit publiziert durch kompetente Ärzte (nach Vietnam – jetzt Afghanistan). Die Betroffenen leiden und sind verzweifelt! Wartet die Politik auf die kostengünstige biologische Lösung derer, mit gesundheitlichen Folgen aus politischer Haft in der DDR? Es sieht jedenfalls so aus!

Bei meinem geliebten Mann – Uwe Trautmann, geb. 1952 in Bad

Saarow, dreieinhalb Jahre Haft in der Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Frankfurt (Oder), Zuchthaus Torgau, Karl-Marx-Stadt (jetzt Chemnitz) von 1969 – 1972, Ausreise 1981 - ist die Hoffnung der Politiker leider aufgegangen. Er verstarb am 21.02. 2010 an den schweren Folgeerkrankungen infolge dieser PTBS! Nach seinem hoffnungsvollen Besuch bei einem Fachanwalt in Eschwege (Januar 2010), kam jetzt endlich der lang ersehnte Gesprächstermin mit einer Psychologin in Würzburg für Mai 2010! Sie ist die Fachfrau in Sachen PTBS-Gutachten und eigenen Publikationen dazu.

Zwei unabhängige Gutachter bescheinigten Uwe bereits die PTBS und die schweren gesundheitlichen Folgen nach mehreren Sitzungen. Für das Sozialgericht Bremen sind entgegen aller Publikationen zu diesem Thema für Dr. Eikmeier aus Bremerhaven nach nur einer kurzen Sitzung keine PTBS und somit auch keine Folgeerkrankungen feststellbar... Als Ehefrau und VOS-Mitglied will ich diesen Rechtsstreit fortführen. Das bin ich meinem Mann, der bis zu seinem Tod VOS-Vorsitzender der Landesgruppe Bremen war, schuldig!

Drückt uns die Daumen!!!

PS.: Was soll ich, als noch tätige Pädagogin, meinen Schülern über ein couragiertes Eintreten für Demokratie, eine Überzeugung oder richtige Ideen sagen, auch wenn dies körperliche und seelische Folgen nach sich ziehen könnte? Wie soll ich sie ermuntern, wenn ich erlebe, wie mit solchen Menschen 20 Jahre nach der Wiedervereinigung umgegangen wird?

Karin Trautmann, hinterbliebene Ehefrau unseres Kameraden Uwe

Nachsatz: Wie immer wurde auch zu Beginn der Generalversammlung am 9. April in Berlin mit Würde durch eine Gedenkminute aller verstorbenen Kameraden gedacht. Uwe Trautmann kam dabei durch den Bundesvorstand eine besondere Hervorhebung seiner Verdienste für die Sache der Opfer zu.

„Keine Opfer erster und zweiter Klasse zulassen!“

VOS unterstützt Proteste gegen Kindesmisshandlungen

Durch die öffentliche Diskussion über den Kindesmissbrauch in kirchlichen Einrichtungen und westdeutschen Internaten kam nun endlich auch das massive Unrecht, das vielen Jugendlichen in den Strafeinrichtungen der DDR widerfuhr, ans Tageslicht. Nicht zuletzt die Hinweise in der Freiheitsglocke trugen dazu bei, das, was bisher verschwiegen wurde, unmissverständlich zu thematisieren.

Die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) hat in Berlin die Protestaktion von ehemaligen Heimkindern unterstützt, die gegen Prügel, Zwangsarbeit und sexuelle Gewalt auf die Straße gegangen waren. Der SED-Opferverband, dem auch ehemalige Häftlinge von DDR-Jugendwerkhöfen angehören, fordert eine Entschuldigung der damals Verantwortlichen sowie Entschädigungsleistungen.

Dr. Frieder Weiße (Foto vorn), VOS-Landesvorsitzender Berlin-Brandenburg, erklärt: „Der geschlossene Werkhof in Torgau war um nichts besser als ein Gefängnis. Hier waren Jugendliche in Haft ohne richterlichen Beschluss. Es darf keine Opfer erster und zweiter Klasse geben. Ich unterstütze die auf der Demonstration erhobenen Forderungen, ehemalige Heimbewohner aus Ost und West in gleicher Weise am Runden Tisch und ähnlichen Gremien zu beteiligen und auch behinderte ehemalige Heimbewohner einzubeziehen.“



Vordringliche Aufgabe des Runden Tisches, müsse sein, Verbesserungen bei der gesundheitlichen Rehabilitation der Opfer herbeizuführen.

Die Betroffenen müssten uneingeschränkt medizinische Maßnahmen in Anspruch nehmen können. Heute würden nur wenige Therapiestunden von den Krankenkassen bezahlt. Viele Opfer litten jahrelang unter den Folgen des Missbrauchs. Nicht wenige Betroffene neigten sogar zu Suiziden oder Selbstverstümmelungen. Die Opfer benötigten deshalb dringend mehr staatliche Hilfe. Die Politik sei gefordert, kurzfristig Regelungen zu treffen. Schätzungen zufolge beteiligten sich etwa 250 Menschen an dem Protestzug, der für die Abschlusskundgebung vor das Brandenburger Tor zog.

Hugo Diederich

Die Erwartungen sind groß, die Aufgaben ebenfalls

Brandenburgs erste Landesbeauftragte geht mit Übersicht auf das neue Amt zu / von Ronald Lässig

Anlässlich der Einführung in das Amt der Brandenburger Diktaturbeauftragten hat die Vereinigung der Opfer des Stalinismus der früheren DDR-Bürgerrechtlerin Ulrike Poppe eine glückliche Hand gewünscht. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur müsse nun auch in Brandenburg in angemessener Weise vorangetrieben werden. Der Opferverband sprach von der Amtseinführung als einem historischen Tag. Zwanzig Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung habe Brandenburg als letztes der neuen Länder endlich eine Stasi-Beauftragte.

Hugo Diederich, stellvertretender Bundesvorsitzender der VOS, erklärte: „Wir wünschen uns, dass Frau Poppe den Opfern der SED-Diktatur Gehör verschafft im politischen Raum. Es kommt jedoch auch darauf an, den Unrechtsstaat DDR aufzuarbeiten, junge Menschen aufzuklären und so der Ostalgie entgegenzuwirken. Die Stasi-Täter fordern wir erneut auf, sich für Unterdrückungsmaßnahmen bei den Opfern zu entschuldigen.“

Die 57-jährige Ulrike Poppe war nach langem Warten der Opfer am 17. Dezember 2009 mit den Stimmen aller Landtagsfraktionen gewählt worden. Per Gesetz arbeitet sie unabhängig und ist an keine Weisungen gebunden. Ihr Amt ist beim Landtag angesiedelt und sie ist direkt dem Parlament unterstellt.

Erfreulicherweise konnte Frau Poppe am 10. April schon zur Gedenkfeier der VOS nach Berlin eingeladen werden. In ihrem Redebeitrag ging sie ohne Umschweife auf das Amt ein, für das sie nun in Brandenburg eingesetzt wurde. Sie wies deutlich darauf hin, dass sie nicht die in den anderen neuen Bundesländern übliche Bezeichnung „Beauftragte für die Unterlagen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit“ trage.

Diese Intention ist allerdings keine unpassende Ausgangsposition, denn die Opfergruppen der kommunistischen Zwangsherrschaft sind vielschichtig und die Schicksale der Einzelnen nehmen sich differenziert aus.

Dass die VOS bereit und interessiert ist, an der Betreuung der Opfer und der Aufklärung von Schicksalen mitzuwirken, bedarf hier keiner besonderen Erwähnung.

Als direkt Betroffene aus den DDR-Jugendwerkhöfen wiesen während der Festveranstaltung zum 60-jährigen Bestehen der VOS die Liedermacherin Kathrin Begoin und ihre Gesangspartnerin Kerstin Kuzia mit den teils selbst geschriebenen Songs über die Leiden von jungen Menschen in den Erziehungsanstalten hin. Beide Künstlerinnen waren jahrelang eingesperrt. Dass sie die Vergangenheit mit Musik und Gesang aufarbeiten, dürfte für die Landesbeauftragte ein nützlicher Hinweis sein. *R. L.*

Trauer in meinem Herzen und Tränen in meinem Gesicht

Die Rückkehr an die einstige Leidensstätte verursacht Rainer Buchwald qualvolle Erinnerungen

Ich stehe auf dem Platz in Neustrelitz, wo sich das Stasi-Gefängnis noch befindet – es ist durch Zufall nicht abgerissen worden, weil die Stasi dieses Objekt zwei Jahre vor dem Mauerfall aus irgendwelchen Gründen verlassen hat.

Mir gehen allerlei Gedanken durch den Kopf, und insbesondere denke ich an meine Kameraden, die dort 1974 hinkamen, als auch ich in die Strafvollzugsanstalt Neustrelitz, die sich in der Berliner Chaussee befand, gebracht wurde, weil ich dem Anstaltsleiter gesagt habe, ich werde die Arbeit nicht aufnehmen.

Andere Kameraden wurden ebenso in dieses Stasi-Gefängnis oder in ähnliche Anstalten gebracht. Ich denke an Peter Sch., Bernd R. und meine anderen fünf Mitgefangenen die zu den „Rädelsführer“ gehörten.

Peter, der damals schon 45 Jahre alt war und den ich in Bautzen in der Station für besserungsunwillige Strafgefangene wieder getroffen habe. Er wurde von den dortigen Beamten mit Gewalt zur Arbeit gezwungen, obwohl er sich zunächst geweigert hatte, für den Verbrecherstaat zu arbeiten.

Jetzt rollen meine Tränen unweigerlich wieder ...

Im Knast Gedenken organisiert

Wir waren in Vorbereitung der Weltfestspiele eingesperrt worden, damit kein „Störenfried“ mit ausländischen Bürgern zusammentreffen und diesen die Wahrheit über die DDR erzählen kann.

Die meisten von uns saßen wegen sogenannten asozialen Verhaltens gemäß § 249 des DDR-Strafgesetzbuches. Bei diesen Strafen konnte man für zwei Jahre in den Knast wandern. Wenn man sich als Denunziant anwerben ließ und im Knast gut arbeitete und sich auch sonst brav verhielt, kam man mit nur einem Jahr davon.

Wir verweigerten die Arbeit

Wir waren eine Gruppe aus Berlin, die in Berndshof (Ückermünde) die Arbeit verweigerte und Ausreisean-

träge stellte. Und wir legten im Lager anlässlich des Volksaufstandes vom Juni 1953 sowie für die Opfer der Berliner Mauer Gedenkminuten ein. Das war mittags um 12 Uhr, und es geschah an mehreren Tagen. 736 Strafgefangene stellten sich zur Gedenkminute auf, da alle Strafgefangenen um 12 Uhr Pause hatten und keiner arbeiten musste. Es war dies der beste Zeitpunkt. Die Wachmannschaft war dagegen machtlos. 736 Strafgefangene – und keiner kam auf den Gedanken, den Schließern etwas von der bevorstehenden Aktion zu verraten.

Ausreiseanträge gestellt und Forderung nach Einhaltung der UNO-Menschenrechte erhoben

Wir forderten dann noch, dass die DDR sich an die UNO-Menschenrechte halten solle, da sie ja 1972 dort eingetreten sei. Dies bekräftigten wir mit Ausreiseanträgen, und es wurden so immer mehr, bis wir insgesamt 168 Mitstreiter waren.

Mich wollten sie überreden, wieder zu arbeiten, damit ich meine Verlobte wiedersehen konnte und bei dieser Gelegenheit auch noch den Sohn kennen lerne, der 3 Monate nach meiner Inhaftierung geboren wurde.

Aber in Wirklichkeit hatte die Stasi einen anderen Plan, denn sie brachten mich nach Neustrelitz und wollten mich zum Verräter machen. Da ich aber schon immer eine eigene Meinung hatte und damit in diesem „Arbeiter- und Bauernstaat“ sehr oft aneckte, war so etwas mit mir nicht zu machen, denn ein Verräter wollte und konnte ich nicht sein.

So wurde mir ganz schnell der Prozess gemacht und ich kam in eine Absonderungszelle in der zweiten Etage des Gebäudes, die Gitter vor den Fenstern und keine Türklinke hatte. Stattdessen war draußen noch ein zusätzlich absicherndes Gitter angebracht, damit sich nicht zufällig ein anderer Strafgefangener dort hin verlaufen konnte.

Auf dieser Zelle erfuhr ich, dass ich 15 Monate Haft wegen Republikflucht bekommen sollte.

Was war wieder mal passiert? Ich hatte aus Langeweile die Mauer des Gefängnisses bemalt, und dies hatten die Schließer durch den Spion in der Tür beobachtet, sich dann der Zeichnung bemächtigt. Prompt wurde ich zum Anstaltsleiter gebracht.

Eine verhängnisvolle Zeichnung

Was war auf der Zeichnung? Die Anstaltsmauer und der Wachturm, sowie die Hundelaufzone. Daraus konstruierten diese Schergen, angefangen beim Anstaltsleiter bis zum Verbindungsoffizier, die Vorbereitung eines Republikfluchtversuchs.

Dies geschah in einem Schnellverfahren in einer Baracke, in der Kirchallee 66, wo neben dem Anstaltsleiter und dem Verbindungsoffizier noch ein Richter der Linie I (politische Fälle) und ein staatsstreuer Schreiberling ein Verfahren gegen mich eröffneten.

Fünf Minuten nach Beginn der Verhandlung, war diese für mich auch schon wieder beendet, da dieses „Gremium“ meine Meinung nicht mal hören wollte und zusätzlich mit dem § 220 (Staatsverleumdung) gedroht hatte. Ich ließ mich auf meinem Stuhl nieder und sagte: „Machen sie doch die Verhandlung ohne mich, dieser Staat will doch alle nur wegsperren“.

Ich erhielt zu meinen zwei Jahren weitere fünfzehn Monate wegen Paragraf 249 und 220, die ich dann in Bautzen verbüßen musste. Die Arbeit nahm ich allerdings nur unter folgender Bedingung auf: Einen Antrag auf Kassation beim Obersten Gericht in Berlin stellen zu können. Dieser blieb jedoch erfolglos, die Beschwerde gegen die Ablehnung ebenfalls.

Die Konsequenz war Einzelhaft

Daraufhin fuhr ich meine Arbeitsleistung auf 25 Prozent zurück, blockierte somit die Produktion und fabrizierte fehlende Teile (Sabotage). Nach zwei Monaten brachte man mich „wegen angeblicher Bedrohung eines Zivilangestellten“ auf Einzelhaft. → 18

Nur mit Hilfe von Zeitzeugschilderungen lassen sich die schrecklichen Zeiten des Kommunismus an Jugendliche vermitteln

Vertreter der Wurzener VOS-Bezirksgruppe führen Schulklassen durch die JVA Waldheim

Im Sommer 2009 berichteten wir in der Freiheitsglocke über die Aktivitäten der VOS-Bezirksgruppe Wurzen. Damals waren Flyer (Handzettel) gedruckt worden, die man zur Hauptsache an Schulen verteilte, weil man sich eine erfolgreiche Vermittlung historischen Stoffs wünschte. Doch der Erfolg ließ auf sich warten – zunächst jedenfalls.

Ungeachtet dessen ist die Bezirksgruppe, bestehend aus etwa 15 Kameraden, weiter aktiv gewesen. Und erfreulicherweise gab es doch Rückmeldungen von den Schulen, so dass die Zeitzeugenarbeit endlich in die Tat umgesetzt werden konnte und kann.

So wurden schon im März mit zwei neunten Klassen der Schule aus Falkenhain Fahrten nach Waldheim, wo die einstige Leidensstätte vieler SBZ- und DDR-Opfer weiterhin als Justizvollzugsanstalt betrieben wird. Allerdings: Die Verhältnisse haben sich geändert, Häftlinge (nicht nur solche wie Egon Krenz) haben heutzutage Rechte, die sie notfalls einklagen können. Dazu gehören entsprechend viele Quadratmeter pro Person, individuelle sanitäre Anlagen, Freigang, Damenbesuche in unkontrollierten Räumen und magengerechte Verpflegung. Über Lichtkontrollen, Dreistockbetten oder Arrest muss sich kein Häftling beklagen. Auch nicht über Schreibverbot und fehlenden Fernseher oder Radio. Kaffee, Tee und Zigaretten, auch erotische Zeitschriften, alles steht dem Häftling bei einigermaßen erträglichem finanziellem Hintergrund zur Verfügung.

Rolf Starke (Foto rechts), Hartmut Brix und Horst Radigk haben das anders kennen gelernt. Das war in den 50er- und 60er-Jahren. Und Rolf Starke hat damals eine Zeit

hinter Mauern und Gittern verbringen müssen, für die man heute schon ein kapitaless Verbrechen begehen müsste. Fast zwölf Jahre waren es, die man ihn wegen Spionage, Sabotage und Bandenbildung in den Fängen der DDR-Justiz verbringen ließ. Das war von 1953 bis 1964. Zunächst hielt man ihn fünf Monate in Einzelhaft in der Stasi-U-Haft-Leipzig und in Berlin-Hohenschönhausen fest. Schließlich kam er für vier Jahre nach Waldheim, danach musste er weitere sieben Jahre im Zuchthaus Brandenburg verbüßen. Verurteilt war er sogar zu „Lebenslänglich“.

Das ist ein Schicksal, mit dem sich wenige messen können. Trotzdem gibt Rolf Starke nicht auf. Er und seine Kameraden halten es für wichtig, die Erlebnisse nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Wie schwer das angesichts der sich ausbreitenden DDR-Verklärung auch sein mag, wie sehr immer noch die Verbrechen der Nazi-Zeit zum Schwerpunkt der Geschichtsaufarbeitung gemacht werden und wie viele Freizeit- und Bildungsangebote gerade bei Jugendlichen andere Interessen wecken.

Dass es nun zu den Exkursionen der Schulklassen an die Leidensstätte Waldheim, wo auch Horst Radigk seine Haftzeit verbüßt hat, gekommen ist, erfüllt die Kameraden mit Genugtuung. Und es zeigt einmal mehr, dass die Mühen, die sich machten, als sie sich bei den Schulleitungen als Zeitzeugen anboten, nicht umsonst waren. Denn fest stand: Für den April waren weitere Zeitzeugenveranstaltungen vorgesehen.

Als einen besonderen Erfolg kann man das Interesse der Schülerinnen und Schüler an den authentischen Berichten und den räumlichen Ge-

gebenheiten werten. Die jungen Menschen zeigten sich aufgeschlossen und aufnahmebereit. Sie erkannten, dass man die Haftbedingungen, die man heute vorfindet, mit denen der DDR keineswegs gleichsetzen kann. Und sie zeigten sich beeindruckt von den Gesprächen, die sie mit den Zeitzeugen führen konnten.

Dass sie am Mittagessen in der Vollzugsanstalt teilnahmen und selbst diese Mahlzeit für merkwürdig befanden, mag die Distanz unterstreichen, die junge Menschen von heute inzwischen zum aktuellen Strafvollzug haben. Wo sie denn auch noch der Meinung sind, im Strafvollzug gebe es „Zimmer“, anstatt Zellen. Wie freilich sollen sie überhaupt begreifen, wie es in der schlimmen Zeit des Kommunismus wirklich war? Die Frage lässt sich einfach beantworten: Nur, indem die Zeitzeugentätigkeit alsbald intensiviert wird.



Die Schulleitung bestätigte diesen Eindruck, und die Leipziger Volkszeitung berichtete ausführlich in zwei Beiträgen über die Exkursionen. A. R. (Foto: LVZ)

Wir trauern um

**Karl Thost
Günter Brier
Heinz Hoppe**

**Bezirksgruppe Chemnitz
Bezirksgruppe Sondershausen
Bezirksgruppe Stuttgart**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Tag der Begegnung 5. Juni 2010

Aus Anlass der Einrichtung des Speziallagers Buchenwald vor 65 Jahren im August 1945, des 60. Jahrestages seiner Auflösung im Januar/Februar 1950 und des Beginns der Aufarbeitung der Lagergeschichte in der Gedenkstätte Buchenwald vor 20 Jahren findet ein Tag der Begegnung statt. Dieser Tag wird von der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, der Initiativgruppe Buchenwald 1945–1950 e.V. und dem Häftlingsbeirat für das ehemalige sowjetische Speziallager gemeinsam ausgerichtet.

10 Uhr: Gedenkstätte Buchenwald

Gedenkveranstaltung der Initiativgruppe Buchenwald 1945 – 1950 e.V. auf dem Appellplatz des ehem. Lagers mit anschließendem ökumenischen Gottesdienst auf dem Trauerplatz vor dem Ausstellungsgebäude.

Zu dieser Veranstaltung sind alle Interessenten eingeladen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

13 Uhr: Leonardo Hotel Weimar (ehemals Hilton)

Empfang der Thüringischen Landesregierung und der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora für ehemalige Insassen des Speziallagers Buchenwald. An dieser Veranstaltung können alle ehemaligen Häftlinge des Speziallagers mit jeweils einer Begleitperson teilnehmen. Jedoch ist eine durch die Gedenkstätte Buchenwald bestätigte Voranmeldung erforderlich, damit die Teilnehmerzahl geplant werden kann.

Schriftliche Anmeldung an:

**Gedenkstätte Buchenwald, Kustos Speziallager,
99427 Weimar-Buchenwald,
E-Mail: britscher@buchenwald.de**

Gesicht zur Wand

Filmvorführung und Gespräch

Die Gedenkstätte Bautzen zeigte im Rahmen ihrer Abendveranstaltung den Film „Gesicht zur Wand“ von Stefan Weinert, der die Beweggründe für die Fluchtpläne der vorgestellten früheren Häftlinge ebenso thematisiert wie die Verhaftung und die Verhöre durch die Stasi, den Gefängnisalltag und das Leben danach. Der Film ermöglicht einen Blick in das Innerste der Betroffenen.

„Über Tage, Wochen, Monate warten. Keine eigenen Handlungsmöglichkeiten, keine eigenen Entscheidungsmöglichkeiten. Sie wissen nicht, was ihr Gegenüber tut, plant und will.“ Das Gefühl des totalen Ausgeliefertseins in der Stasi-Haft versucht Catharina M. in Worte zu fassen. Mit 19 wurde ihr ein Fluchtversuch in den Westen zum Verhängnis. Sie war nach der Verurteilung in der berüchtigten Frauenhaftanstalt Hoheneck inhaftiert und wurde 1977 in die BRD entlassen. Sie ist eine von fünf Protagonisten, die in dem Dokumentarfilm „Gesicht zur Wand“ zu Wort kommen. Die fünf stehen für 72 000 Menschen, die wegen versuchter Republikflucht einen Abschnitt ihres Lebens in Stasi-Haft verbringen mussten und die bis heute damit beschäftigt sind, diese traumatischen Erlebnisse zu verarbeiten.

Der Film „Gesicht zur Wand“ wurde als Beitrag zur 60-Jahr-Feier der VOS am 10. April ausgestrahlt.

Zeitzeugen für WDR gesucht

Wer im Militärgefängnis Schwedt einsaß, bitte dringend in der Bundesgeschäftsstelle melden, der WDR plant eine Dokumentation.

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax : 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag
von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon: 030 - 2546 26 38

Fax: 030 - 2300 56 23

Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Redaktion und Satz: Alexander Richter

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

redaktion@vos-ev.de

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag gleichzeitig Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Beiträge:

- | | |
|--|---------|
| 1. Aufnahmegebühr | 2,60 € |
| 2. Jahresbeitrag, einschl. Freiheitsglocke | |
| - alte Bundesländer | 45,00 € |
| - neue Bundesländer | 40,00 € |
| 3. Jahresbeitrag für Ehepartner | 15,00 € |
| 4. Jahresbeitrag ABO Freiheitsglocke | 24,00 € |

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (691) erscheint im Mai 2010

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 690: 19. April 2010